Verhandlungsschrift

über die

28. öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 13. Februar 2007 im Haus der Musik der Marktgemeinde Gunskirchen.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.35 Uhr

ANWESENDE

Die Gemeindevorstandsmitglieder:

1. Bgm. Karl Grünauer	5. GV Heinrich Sammer
2. Vbgm. Friedrich Nagl	6. GV Mag. Karoline Wolfesberger
3. Vbgm. Josef Sturmair	7. GV Dr. Josef Kaiblinger
4. GV Dr. Franz Loizenbauer	

Die Gemeinderatsmitglieder

8. Siegfried Wambacher	18. Karl Gruber
9. Johann Eder	19. Dr. Gustav Leitner
10. Simon Zepko	20. Klaus Hanis
11. Mag. Peter Reinhofer	21. Elisabeth Klein
12. Maximilian Feischl	22. Franz Hochholdt
13. Walter Olinger	23. Arno Malik
14. Christoph Erwin Bachler	24. Walter Block
15. Ingrid Mair	25. Josef Wimmer
16. Ursula Buchinger	26. Nicole Fillip
17. Michael Seiler	27. Iris Mayrhuber

28. Ersatzmitglied f. GR Helga Ehmaier-Breitwieser Franz Werndl
29. Ersatzmitglied f. GR Johann Luttinger Johann Egerer
30. Ersatzmitglied f. GR Christine Pühringer David Rückel
31. Ersatzmitglied f. GR KommR Helmut Oberndorfer Bernd Huber

Die Ersatzmitglieder der SPÖ Fraktion Augustin Diensthuber, Gerhard Füssel, Helmut Roithner und Ing. Wolfgang Zauner sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der ÖVP Fraktion Mag. Hermann Mittermayr, Annette Maria Freimüller, Gregor Karl Swoboda, Walter Erbler, Ing. Franz Lidauer, Gerhard Lindinger, Gerhard Rückel, Barbara Knoll, Franz Fuchsberger, Heinz Schubert, Andreas Mittermayr, Isabella Bucher, Gerald Huemer, Hubert Altenhofer, Mag. Michael Rüdiger Hirschbrich, Mario Baumüller, Friedrich Stinglmayr, Manuela Seyrl, Ing. Roman Oberndorfer und Andreas Wolfgang Lehrbaumer sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der FPÖ Fraktion Anna Kogler, Anita Huber, Hermann Weidringer, Ing. Hans Diethard Lehner und Christian Kogler sind entschuldigt ferngeblieben.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß des vorliegenden RSB am 7. Februar 2007 und die Bekanntgabe der Tagesordnung am 7. Februar 2007 an alle Mitglieder erfolgt ist,
- c) die Abhaltung der Sitzung gemäß § 53, Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 kundgemacht wurde,
- d) die Abstimmung per Handerhebung erfolgt,
- e) die Beschlussfassung gegeben ist.

Der Vorsitzende bestimmt Herrn Daniel Übermasser als Schriftführer. Sodann weist er darauf hin, dass

- a) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung gemäß § 54 Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 im Gemeindeamt zur Einsicht für die Mitglieder des Gemeinderates auflag,
- b) den Fraktionen rechtzeitig eine Abschrift der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung zugestellt wurde,
- c) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung während der Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt und es den Mitgliedern des Gemeinderates freisteht, gegen den Inhalt der letzten Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich Einwendungen zu erheben,
- d) der Gemeinderat über eventuelle Anträge auf Abänderung der Verhandlungsschrift am Schluss der Sitzung zu beschließen hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Bürgermeister bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 11 abgesetzt wird. Die beiden Tagesordnungspunkte 16 und 18 werden vorgezogen.

Tagesordnung:

1. Änderung des Dienstpostenplanes
2. Brunnen Hochholz II; Vorvereinbarung Mag. Fritsch
3. Gemeindeamt – Abschluss einer Mietvereinbarung zwischen der Marktgemeinde Gunskirchen und Rechtsanwalt Dr. Josef Kaiblinger
4. Jugendzentrum – Abschluss einer Mietvereinbarung mit Dr. Josef Kaiblinger
5. Straßenbauprogramm 2007
6. Volks- und Hauptschulsanierung – Kostenerhöhung im Bereich Lehrschwimmbecken sowie Erweiterung der Hauptschule; KEG-Finanzierung; Finanzierungsplan
7. Anna Mallinger, Steinhuberweg 11/1, 4623 Gunskirchen; Berufung gegen die bescheidmäßige Festsetzung der Wasserbezugsgebühren
8. Maria ADAM, Au bei der Traun 44, 4623 Gunskirchen; Ablehnung der Stundung, Entscheidung über die Berufung durch die Abgabenbehörde 2. Instanz
9. Essen auf Rädern – Ankauf eines Autos
10. Stiftung Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim; Ansuchen um Gewährung einer laufenden Subvention
11. RIC Gunskirchen – Subvention an BRP-Rotax
12. Verein zur Betreuung des Jugendzentrums Gunskirchen – Subvention
13. Pfarramt – Caritaskindergarten
 1. Sondersubvention Caritaskindergarten – Abgangsdeckung 2006
 2. Akontozahlung für laufenden Betrieb im Haushaltsjahr 2007
14. Prüfungsausschuss-Bericht über die Sitzung am 28. September 2006
15. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 15 – Antrag von Josef Gruber, Welser Straße 1, Gunskirchen, auf Umwidmung einer Teilfläche (ca. 800 m²) der Parzelle Nr. 957/1, KG. Straß, von derzeit Verkehrsfläche mit besonderer Bedeutung – Parkplatz in Bauland – Kerngebiet - Beschlussfassung
16. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 17 – Antrag von Alexander und Karin Biringer, Grünbach 13, Gunskirchen, auf Umwidmung einer Teilfläche (ca. 5.000 m²) der Parzellen Nr. 58/1, 106/1 und 109/1, je KG. Straß (Grünbach), von derzeit Grünland – Landwirtschaftsfläche in Bauland – eingeschränktes Mischbaugebiet und in eine Sonderausweisung des Grünlandes – Retentions- und Sickerbecken (ca. 2.000 m²) - Beschlussfassung
17. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 19 – Antrag der Fa. BRP-Rotax GmbH. Co KG, Welser Straße 32, Gunskirchen, auf Auflassung des Trenngrünstreifens entlang der Welser Straße und Ausweitung der Schutzzone im Bauland „Bm4“ im dortigen Bereich auf der Parzelle Nr. 801, KG. Straß - Beschlussfassung
18. Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 29.11.2006, GZ: Stra-305/2006/He, hinsichtlich der straßenrechtlichen Bewilligung für die Umlegung der Dahlienstraße-West im Bereich der Fa. Oberndorfer, Grundstücke Nr. 1011, 1012/3, 1012/1, 1002/1 und 1018/2, je KG. Straß

19. Allfälliges

1. Änderung des Dienstpostenplanes

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Seit der letzten vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 16.12.2004 beschlossene Dienstpostenplanänderung (von der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land v. 18.2.2005 zur Kenntnis genommen), haben sich am Marktgemeindeamt einige personelle und organisatorische Änderungen ergeben. Diese resultieren im Wesentlichen daraus, dass die Abgänge im Jahr 2005 (Pensionierung von Frau Starzer und Herr Kranzpiller) nicht nachbesetzt wurden. Die Aufgaben wurden generell neu verteilt, sodass diese Abgänge kompensiert werden konnten. Nachdem nun nach einer gewissen Vorlaufzeit die Tätigkeitsbereiche feststehen, soll der Dienstpostenplan an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Zu erwähnen ist noch, dass durch die Übernahme der Bibliothek ein weiterer Dienstposten entstehen wird.

Allgemeine Verwaltung:

1. Schaffung einer VB- Stelle GD 18 - Bibliothek

Durch die Neuübernahme der Bibliothek ab 1.1.2007 ist dafür ein Dienstposten im Dienstpostenplan vorzusehen. Auf Grund der Einzelbewertung wird der Dienstposten mit der Funktionslaufbahn GD 18 bewertet.

2. Aufwertung der VB-Stelle Funktionslaufbahn GD 19 auf GD 18

Frau Alexandra Stübinger ist seit 2001 als Bürgermeister- und Amtsleiter Sekretärin beschäftigt. Auf Grund ihrer umfangreichen Sachbearbeiteragenden u.a. selbständige Erstellung der Gemeindezeitung, Hauptverantwortliche beim elektronischen Workflow – soll der Dienstposten von Frau Alexandra Stübinger von der Funktionslaufbahn GD 19 auf GD 18 aufgewertet werden.

3. Aufwertung der VB-Stelle Funktionslaufbahn GD 18 auf GD 16

Herr Daniel Übermasser wurde mit 1.8.2005 zum Kassensführer (anstelle von Frau Starzer) bestellt und in die Funktionslaufbahn GD 18 eingestuft. Seit der Übernahme dieses Dienstpostens sind weitere Tätigkeiten insbesondere die Erstellung von Bescheiden im Bereich der Kommunalsteuer, Grundsteuer und Grundsteuerbefreiung dazugekommen. Gleichzeitig führt er als Sachbearbeiter das gesamte Steuern- und Abgabewesen, Kindergartenbeiträge, Hortbeiträge, Berechnung und Einstufen der Tarife, Gewerberegister (Führung). Zu erwähnen ist noch, dass Herr Übermasser die B Gemeindebeamtenprüfung erfolgreich absolviert hat. Es soll daher dieser Dienstposten von der Funktionslaufbahn GD 18 auf GD 16 aufgewertet werden.

Seniorenwohn- und Pflegeheim:

Küche

Bedingt durch das Ende des Dienstverhältnisses von Sr. Blanda mit 31.12.2004 war eine Nachbesetzung erforderlich. Aus Gründen der Flexibilität wurden anstelle von einer Vollbeschäftigung, 2 teilzeitbeschäftigte Personen eingestellt.

Antrag: (Bürgermeister Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Änderung des derzeit gültigen Dienstpostenplanes – laut beiliegender Verordnung – siehe Anlage wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

2. Brunnen Hochholz II Vorvereinbarung Mag. Fritsch

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.02.2006 wurde der Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines weiteren Brunnenstandortes im Bereich Hochholz für die langfristige Sicherstellung der öff. Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde Gunskirchen, gefasst.

Für die Errichtung des Brunnens mit Schutzgebiet Zone I einschließlich der Anlegung einer öffentlichen Zufahrtsstraße werden ca. 5.300 m² laut ersten Vorerhebungen benötigt.

Als geeigneten Brunnenstandort wird nach eingehender geologischer Untersuchung vom beauftragten Hydrogeologen Dr. Winkler ein Grundstück, ca. 50 m südwestlich der Liegenschaft Au bei der Traun 8, vorgeschlagen.

Über den erforderlichen Grundankauf soll mit dem Grundeigentümer Mag. Florian Fritsch (zurzeit noch außerbücherlicher Grundeigentümer) eine Kaufvorvereinbarung laut Anlage abgeschlossen werden.

Die Kaufvereinbarung wurde mit Hr. Mag. Fritsch vorbesprochen und zustimmend zur Kenntnis genommen.

Als Kaufpreis für die erforderlichen Grundstücke (Zufahrtsstraße und Brunnen mit Schutzzone I) wurden €3,--/ m² vereinbart.

Der endgültige grundbuchsfähige Kaufvertrag soll in weiterer Folge nach Erwirkung aller erforderlichen Bewilligungen für den Brunnen (z. B. wasserrechtliche Bewilligung, usw.) abgeschlossen werden.

Antrag: (Bgm. Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Kaufvorvereinbarung laut Anlage über den erforderlichen Grundankauf für den zusätzlichen Brunnenstandort im Bereich Hochholz mit Hr. Mag. Florian Fritsch wird die Zustimmung erteilt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

3. Gemeindeamt – Abschluss einer Untermietvereinbarung zwischen der Marktgemeinde Gunskirchen und Rechtsanwalt Dr. Josef Kaiblinger

GV Dr. Kaiblinger erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt als befangen.

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Um den Anforderungen der Barrierefreiheit und der einzelnen Abteilungen gerecht zu werden, wird derzeit ein Zu- und Umbau des Gemeindeamtes mit Besprechungsräumlichkeiten und Büros realisiert.

Die Aufteilung bzw. Gestaltung des bestehenden Gebäudes bedingt, dass ansonsten eine sinnvolle Raumaufteilung für die einzelnen Abteilungen nicht möglich gewesen wäre.

Im 2. Obergeschoss des Amtsgebäudes steht laut Planung und Beschluss des Gemeinderates eine Gesamtfläche von ca. 160 m² frei, welche grundsätzlich nicht ausgebaut würde, sondern in einer Art Rohzustand ohne Zwischenwände verbleiben würde. Ein tatsächlicher Bedarf dieser verbleibenden Fläche besteht derzeit nicht, da einerseits der über den Sitzungssaal geplante Mehrzweckraum für die Bediensteten auf Grund eines mehrheitlichen Beschlusses der Bediensteten selber im Keller realisiert wird. Die restliche Reservefläche von etwa 100 m² wird in absehbarer Zeit ebenfalls nicht direkt für den Amtsbetrieb benötigt.

Aus diesem Grund bestünde die Möglichkeit, die genannten Räumlichkeiten zu vermieten um somit zusätzliche Mittel für die Finanzierung des Amtsgebäudes zur Verfügung zu haben. Rechtsanwalt Dr. Josef Kaiblinger zeigt Interesse an einer Anmietung dieser Räumlichkeiten, zumal seine derzeit zur Verfügung stehenden Büroflächen durch ein ständiges Wachstum seiner Kanzlei bereits zu klein werden. Aus diesem Grund wurde von ihm ursprünglich das ehemalige Musikheim angekauft, um dort gegebenenfalls ein neues Bürogebäude zu errichten. Dieser Neubau kann allerdings unterbleiben, wenn eine Anmietung von anderen Räumlichkeiten möglich ist.

Da derzeit das Jugendzentrum der Marktgemeinde in den Räumlichkeiten des alten Musikgebäudes untergebracht ist und bereits ein Vertragsentwurf über eine Weitermietung des Gebäudes vorliegt, ist der Fortbestand des Jugendzentrums nur dann möglich, wenn gleichzeitig eine Anmietung von Räumlichkeiten im Amtsgebäude der Marktgemeinde Gunskirchen sichergestellt ist.

Die durch den Ausbau der Räumlichkeiten entstehenden Kosten würden durch Dr. Kaiblinger durch eine Mietvorauszahlung in entsprechender Höhe abgedeckt, welche auf die Dauer von 60 Monaten durch einen teilweisen Abzug bei der Höhe der Miete berücksichtigt würde. Der Standard der Ausbaustufe wird grundsätzlich so ausgeführt wie in den übrigen Räumlichkeiten des Gemeindeamtes. Bessere Ausstattungen sind jedenfalls vom Mieter zu tragen und gehen mit Ende der Mietvereinbarung unentgeltlich in das Eigentum der Gemeinde über. Diesbezüglich soll noch eine gesonderte Vereinbarung errichtet werden.

Die wesentlichen Punkte der Mietvereinbarung sehen vor:

- Gesamtmietfläche ca. 160 m²
- Mietzins € 7,00 pro m² exkl. USt.
- 11,5 % Betriebskostenanteil am gesamten Gebäude
- Kündungsverzicht durch die Gemeinde für die Dauer von 15 Jahren

Das Amtsgebäude steht im Eigentum der VFI & Co KEG und es besteht derzeit ein Vorvertrag über einen Bestandvertrag mit der Marktgemeinde Gunskirchen (GR Beschluss vom 16.02.2006).

Aus steuerrechtlichen Gründen wird von Seiten der Finanzabteilung empfohlen, die angegebenen Räumlichkeiten als Untermiete durch die Gemeinde an die Kanzlei Dr. Kaiblinger zu vermieten, und nicht direkt von Seiten der VFI & CO KEG, da ansonsten die Gefahr der Gewerblichkeit (mehr als 5 verschiedene Bestandverträge) bestehen könnte.

Eine Möglichkeit der Untervermietung durch die Marktgemeinde Gunskirchen wäre somit im endgültigen Bestandvertrag zwischen der VFI & Co KEG und der Marktgemeinde Gunskirchen vorzusehen. Dieser Bestandvertrag soll unmittelbar vor der Fertigstellung des Marktgemeindefamtes entsprechend adaptiert, und dem GR zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Wechselrede

GV Dr. Loizenbauer haltet fest, dass die Meinung der ÖVP-Fraktion bereits bekannt wäre, dass der Umbau des Amtsgebäudes wie bereits mehrmals erwähnt, zu groß und zu teuer sei. Die Tatsache, dass der Umbau dieses Gebäudes etwas zu groß geraten sei, bestätigt sich dadurch, dass nunmehr eine Fläche von 160 m² vermietet wird. Vermietet wird diese Fläche jedoch zu einem angemessenen Mietzins, welches sicher dazu beiträgt, um Kredite bedienen zu können. Der Kündigungsverzicht der Gemeinde beträgt 15 Jahre von Herrn Dr. Kaiblinger jedoch nur 5 Jahre. Er hätte auch ins Auge gefasst, dass diese Räume ebenfalls für die öffentliche Bücherei geeignet wären. In der Zwischenzeit wurde aber eine sehr gute Lösung gefunden, jedoch nur für die nächsten 5 Jahre. Diese derzeitigen Räume für die öffentliche Bücherei sollten aber von der Pfarre auch längerfristig zur Verfügung gestellt werden. Weiters führt GV Dr. Loizenbauer an, dass im Vertrag unter Punkt 3, 2.1. und folgend der monatliche Mietzins mit Euro 7,00 exkl. USt. angeführt sei. Dort sollte aber je m² ergänzt werden.

GR Zepko findet ebenfalls den Kündigungsverzicht von 15 Jahren für die Gemeinde zu lange. Der Amtsvortrag sei ihm ohnehin erst seit kurzem bekannt. Außerdem sei dieser Amtsvortrag heute nochmals überarbeitet worden. Er möchte ausdrücklich betonen, dass ihm nicht bekannt war, dass eine Fläche von 160 m² frei wäre. Er bezweifle auch, dass der Gemeinderat es so geplant und beschlossen habe. Er stehe jedoch dazu, dass das Gebäude größer gebaut wurde, sodass eine Fläche von 100 m² frei wäre. Weiters sei zwar sehr loblich, dass sich die Gemeindebediensteten zu einem Aufenthaltsraum im Keller entschlossen haben, trotzdem hat der Gemeinderat diese freie Fläche nicht im Vorfeld mitbeschlossen. Eine Weitervermietung findet er wirtschaftlich sehr gut, allerdings befürchtet er, dass durch die Vermietung fast des ganzen 2. Stockes – so stellt es sich zumindest optisch dar – wiederum Kritiker auf den Plan gerufen werden.

Aus diesem Grund werde er sich der Stimme enthalten, da er ohnehin diese Vorgangsweise nicht für richtig hält.

GR Feischl fragt an, ob dieser Tagesordnungspunkt im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt Nr. 4 stehe, wonach der Vertrag nur zustande kommt, wenn Herr Dr. Kaiblinger ins Amtsgebäude einziehen kann, sodass eine Anmietung für das Jugendzentrum gesichert ist. Somit wäre man ohnehin gezwungen diesem Tagesordnungspunkt zuzustimmen.

GV Dr. Kaiblinger antwortet, dass es logisch sein würde, dass er nicht sein Gebäude an die Marktgemeinde Gunskirchen für das Jugendzentrum vermieten kann, ohne dabei andere Räumlichkeiten in Verwendung zu haben. Er müsse auch eine Möglichkeit haben, wo er seine Kanzlei unterbringen kann.

GR Hochholdt hält fest, dass auch weitere Gebäuden zur Verfügung stehen würden, wie zB das Gebäude in der Kirchengasse, wo die Firma Helten ausgezogen sei.

Bürgermeister Karl Grünauer erwähnt, dass bezüglich der Räume für die öffentliche Bücherei eine Vereinbarung mit der Pfarre Gunskirchen bestehe, in der festgehalten ist, dass dafür rund € 1.000,00 an Mietzins bezahlt werden. Im neuen Amtsgebäude hätte die freie Fläche ursprünglich 100 m² betragen, jedoch hat es sich auf Grund des Hauses so ergeben, dass nunmehr eine freie Fläche von 160 m² vorhanden sei, es sei ihm auch lieber, dass die Räumlichkeiten sofort besetzt werden könnten. Außerdem haben sich die Bediensteten mehrheitlich dafür entschieden, dass der Aufenthaltsraum im Keller errichtet werden sollte. Diesem Wunsch wurde somit auch entgegengekommen.

Zum Jugendzentrum möchte er festhalten, dass er bereits seit 2 Jahren mit Herrn Dr. Kaiblinger über eine Anmietung im Gespräch gewesen ist. Außerdem sei es eine Forderung mehrerer junger Leute, wonach es erforderte ein Jugendzentrum so rasch als möglich umzusetzen.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger befindet, dass man mit der ursprünglichen Fläche grundsätzlich ausgekommen wäre, das Problem sei jedoch das Stiegenhaus, welche das Amtsgebäude in zwei Hälften teilt. Um jedoch funktional arbeiten zu können, sei der Zubau unumgänglich um der Funktionalität gerecht zu werden. Ansonsten hätte man Räumlichkeiten für einzelne Mitarbeiter aus den Abteilungen in andere Gebäudebereiche gebraucht. Bei einem Neubau wäre man jedoch flächenmäßig mit der ursprünglichen Fläche ausgekommen.

GR Wambacher spricht an, dass die derzeitige Situierung des Jugendzentrums eine sehr gute Lösung sei. Dieses Objekt ist für das Jugendzentrum sehr gut geeignet. Weiters wäre dieses Objekt auch für andere Vereine geeignet. Außerdem hätten andere Standorte, welche in der Vergangenheit geprüft wurden nicht diese Möglichkeiten geboten. Den Neu- bzw. Umbau des Amtsgebäudes hält er für architektonisch sehr schön, er sei zur Musikschule passend, da man es als gesamten Gebäudekomplex betrachten sollte. Außerdem ist es seiner Meinung nach kein Nachteil, wenn man die freie Fläche weitervermietet um Einnahmen zu lukrieren. Insgesamt habe man versucht die beste Lösung zu finden, wenngleich auch für viele der Beteiligten eine zu rasche Umsetzung erfolgt sei.

GR Hochholdt hält fest, dass die Ausführungen betreffend dem Jugendzentrum zu wenig gewesen seien, immerhin gebe es seitens der Landjugend für das ehemalige Schulgebäude in der Kirchengasse Interesse für eine Anmietung.

Bürgermeister Grünauer antwortet, dass die Marktgemeinde Gunskirchen zum jetzigen Zeitpunkt sehr froh über die Verwendung der Räumlichkeiten in der Kirchengasse, sowie im ehemaligen Musikheim sei, da diese für ehemaliges Mobiliar genutzt wird. Weiters sei auch seitens der Kinderfreunde ein Antrag bezüglich einer Anmietung des Gebäudes in der Kirchengasse eingegangen.

GR Mayrhuber fragt an, ob das Mobiliar nur in der Umbauphase des Amtsgebäudes stehe oder generell dort untergebracht wird.

Bürgermeister Karl Grünauer antwortet, dass in diesen Gebäuden zum Teil das Mobiliar aus den Schulen sowie aus dem Amtsgebäude stehe. Nach der Umbauphase stehen diese Räumlichkeiten wieder im vollen Umfang zur Verfügung.

Antrag: (Bgm. Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Untermietvereinbarung zwischen der Marktgemeinde Gunskirchen und Rechtsanwalt Dr. Josef Kaiblinger (lt. Anlage) wird zugestimmt. Bei der endgültigen Bestandvereinbarung zwischen der VFI & Co KEG und der Marktgemeinde Gunskirchen, betreffend das Marktgemeindeamt, Marktplatz 1, wird die Möglichkeit einer Untervermietung von Räumlichkeiten, durch die Gemeinde, wie im Amtsvortrag beschrieben, vorgesehen“.

**Beschlussergebnis: 27 JA-Stimmen
3 Stimmenthaltungen (GR Zepko, GR Hochholdt und GR Hanis)**

4. Jugendzentrum – Abschluss einer Mietvereinbarung mit Dr. Josef Kaiblinger

Bericht: Vbgm. Friedrich Nagl

Seit Frühjahr 2006 wird in den Räumlichkeiten des ehemaligen Musikprobelokales in der Pichler Straße 3, sehr erfolgreich ein Jugendzentrum geführt. Die bisherige Mietvereinbarung mit dem Eigentümer Dr. Josef Kaiblinger endete offiziell am 31. Dezember 2006.

Da sich das Jugendzentrum entsprechend gut entwickelt und regelmäßig von 20 bis 30 Jugendlichen besucht wird, soll diesbezüglich eine längere Mietvereinbarung getroffen werden.

Derzeit werden Nebenräume des Gebäudes als Lagerräume für das Archiv des Gemeindeamtes verwendet. Zukünftig könnten diese Räumlichkeiten aber wieder für Gunkirchner Vereine zur Verfügung gestellt werden, die sich mit Kultur oder Musik beschäftigen. So wurden diese Räumlichkeiten bereits mehrmals von Kultur Pur für Probezwecke verwendet und es gibt diesbezüglich bereits wieder eine Anfrage, ob auch zukünftig eine Verwendung möglich sein wird.

Es liegt nun ein Entwurf einer neuen Mietvereinbarung vor.

Der zukünftige Mietzins soll € 5.500,00 pro Jahr für das ganze Gebäude betragen und von Seiten des Vermieters wird ein Kündungsverzicht für 15 Jahre abgegeben.

Die Erhaltungspflicht für die Dauer der Nutzung des Gebäudes trifft die Mieterin.

Auf die Verlesung des Vertragsentwurfes zu diesem Tagesordnungspunkt wird verzichtet.

Wechselrede

GR Zepko befindet, dass eine Anlastung der gesamten Miete an das Jugendzentrum falsch wäre, weil er für eine Kostenwahrheit stehe. Weiters fragt er an, warum nur Vereine die sich mit Kultur oder Musik beschäftigen ins Auge gefasst werden. Außerdem möchte er wissen, wer das bestimmt, welchem Verein die Verwendung der Räumlichkeiten zuerkannt werde.

Bürgermeister Karl Grünauer antwortet, dass in der Vergangenheit die Vereine bei der Marktgemeinde Gunkirchen angefragt haben, ob freie Räumlichkeiten für eine Anmietung zur Verfügung stehen würden. Danach werde über diese Anfragen in den jeweiligen Ausschüssen diskutiert.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger fügt an, dass immer wieder Anfragen von diversen Bands an die Marktgemeinde Gunkirchen gerichtet werden. Der Verein Kultur Pur würde auch Interesse an eine Anmietung zeigen. Dies könne man sich seitens der Marktgemeinde auch vorstellen. Der Kulturausschuss werde sich aber ohnehin über diversen Anfragen bzw. Ansuchen beschäftigen. Wer und vor allem mit welchen Bedingungen die Räume benützt werden können.

Vbgm. Nagl hält fest, dass geplant sei, für das Jugendzentrum einen Billardtisch anzukaufen.

Antrag: (Vbgm. Friedrich Nagl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Vertragsentwurf (lt. Anlage) betreffend der Anmietung des ehemaligen Musikproberaumes in der Pichler Straße 3, 4623 Gunskirchen wird zum Beschluss erhoben. “

Beschlussergebnis: einstimmig

5. Straßenbauprogramm 2007

Bericht: Vbgm. Josef Sturmair

Im ordentlichen Haushalt stehen für das Straßensanierungsprogramm 2007 Budgetmittel in der Höhe von € 75.000,-- inkl. MWSt. zur Verfügung.

Für nachstehende Straßenbauprojekte ergeht der Vorschlag zur Realisierung:

1. Straßeninstandsetzungen - Eigenleistungen Bauhof	€	35.000,--
2. Sanierungen mittels Vialit	€	25.000,--
3. Belagsarbeiten Welser Straße	€	<u>15.000,--</u>
	€	75.000,--

1. Gemeinde – Eigenregieleistungen

Der gegenständliche Betrag soll für die Straßenbau- u. Sanierungsarbeiten, die durch das Bauhofpersonal über das Jahr abgewickelt werden (Künettensanierungen, Gehsteigabsenkungen, div. Straßenanschlüsse, usw.) sowie für kleinere Bauvorhaben (Gehweg Billinger Straße, Gehsteig Lambacher Straße/ Milic und Gehsteig Steinwendnerstraße Trafostation) aufgewendet werden.

2. Oberflächensanierungen mittels Vialit

Für Ausbesserungsarbeiten und Oberflächensanierungen auf den div. Gemeindestraßen (wie Behebung von Frostaufbrüchen, Asphalttrisse, Verdrückungen, usw.) soll wie in den Vorjahren ein Breitspritzgerät samt Servicetank angemietet werden.

Die Spritzarbeiten sollen durch das Bauhofpersonal in Eigenregie ausgeführt werden. Das benötigte Bitumen, ca. 30 to einschließlich Streusplitt, soll zugekauft werden.

3. Belagsarbeiten Welser Straße

Das Straßenteilstück der Welser Straße vom Kreuzungsbereich mit der Malvenstraße bis zur Kreuzung mit der Waldlinger Straße weist massive Verdrückungen und Spurrinnen bis zu einer Tiefe von ca. 7 cm auf.

Das Straßenteilstück soll ausprofiliert und in weiterer Folge über die gesamte Straßenbreite mit einer Bitukiesdecke (ca. 6 cm) überzogen werden.

Im außerordentlichen Haushalt stehen für das Straßenbauprogramm 2007 Budgetmittel in der Höhe von € 141.000,-- inkl. MWSt. zur Verfügung.

Für nachstehende Straßenbauprojekte ergeht der Vorschlag zur Realisierung:

1. div. Schotterungen von neuen Aufschließungsstraßen	€	10.000,--
2. Kraft	€	40.000,--
3. Wohnbebauung Straß Mitte	€	44.000,--
4. Römerpark- 1. Bauetappe	€	35.000,--
5. Sonstige Straßenzüge	€	<u>12.000,--</u>
	€	141.000,--

1. Neuerschließungen / Schotterungen

Im heurigen Jahr sind im Bereich des Römerparks (Zimmermanngründe) für die 2. Bauetappe die Straßenunterbauten der Aufschließungsstraßen in Form eines Frostkoffers anzulegen.

2. Kraft

Der erste Teilbereich der Kraft hätte im vorigen Jahr bereits ausgebaut werden sollen. Die dafür vorgesehenen Budgetmittel stehen für das heurige Straßenbauprogramm wieder zur Verfügung.

Im heurigen Jahr soll der gesamte Straßenzug beginnend von der Liegenschaft Staudinger bis zur Bichlwimmer Landesstraße auf einer Länge von ca. 400 m ausgebaut (Anlegung eines Frostkoffers mit Bitukiesdecke) werden.

3. Wohnbebauung Straß Mitte

Die Bautätigkeit im Bereich Straß Mitte – Sternhäuser - Marconistraße, Mitterhoferstraße, Siemensweg und Teilbereich der Porschestraße ist großteils fast abgeschlossen. Die Straßen sollen teilweise mittels Bitukies staubfrei ausgebaut werden.

Die Ableitung der Oberflächenwässer soll über Granitmulden und den erforderlichen Straßeneinlaufschächten bzw. über Rasengittersteine erfolgen.

4. Römerpark, 1. Bauetappe

Die Bautätigkeit bei den Liegenschaften des Römerparks – 1. Bauetappe - sind abgeschlossen. Nunmehr sollen die Aufschließungsstraßen staubfrei mittels Bitukies BTD 16 ausgebaut werden.

Die Ableitung der Oberflächenwässer soll ebenfalls über Granitmulden und den erforderlichen Straßeneinlaufschächten bzw. über Sickermulden erfolgen.

5. Sonstige Straßenzüge (Reserve)

Der Restbetrag des Straßenbaubudgets im AOH in der Höhe von € 12.000,-- soll für kleinere Straßensanierungsarbeiten auf Gemeindestraßen oder Künettensanierungen im Ortsgebiet verwendet werden.

Das oben erwähnte Straßenbauprogramm 2007 wurde eingehend in der Sitzung des Ausschusses für Straßenbau am 01.02.2007 behandelt und es wird einstimmig zur Beschlussfassung an den Gemeinderat empfohlen.

Antrag: (Vbgm. Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Straßensanierungs- und Straßenbauprogramm 2007, im Umfang wie im Amtsbericht beschrieben, wird die Zustimmung erteilt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

6. Volks- u. Hauptschulsanierung – Kostenerhöhung im Bereich Lehrschwimmbecken sowie Erweiterung der Hauptschule; KEG-Finanzierung; Finanzierungsplan

Bericht: GV Mag. Wolfesberger

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat beim Amt der OÖ. Landesregierung für o. a. Vorhaben um Bedarfszuweisungsmittel angesucht. Das Amt der OÖ. Landesregierung hat für die Volks- u. Hauptschulsanierung – Kostenerhöhung im Bereich Lehrschwimmbecken sowie Erweiterung der Hauptschule, KEG Finanzierung mit Erlass Gem-311429/387-2006-Ba vom 11. Dez. 2006 folgenden Finanzierungsvorschlag übermittelt:

Finanzierungsmittel	-2005	2006	2007	2008	2009	2010	gesamt
Rücklagen	320.000	10.355	15.000	13.217			358.572
Anteilsbetrag o.H.							
Interessentenbeitrag							
Vermögensveräußerung							
Darlehen (Förderungsd)	1.850.000	180.000					2.030.000
Darlehen (Bank)							
Sonstige Mittel							
Bundeszuschuss	1.555.199				255.000	200.000	2.010.199
Landeszuschuss	1.555.199				255.000	200.000	2.010.199
Bedarfszuweisung							
Versicherung	136.941						136.941
Summe	5.417.339	190.355	15.000	13.217	510.000	400.000	6.545.911

In diesem Finanzierungsplan sind sämtliche Kosten beinhaltet, welche durch die Marktgemeinde Gunskirchen bis Juni 2006 dem Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Bildung, Jugend und Sport vorgelegt wurden. Diesem erhöhten Kostenrahmen wurde mit Schreiben vom 6. Juli 2006 im Sinne des Kostendämpfungserlasses zugestimmt, wobei für die Einrichtung ein Anteil in der Höhe von € 579.000,00 inkl. MWSt. festgesetzt wurde.

Seitens der Finanzabteilung wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass mit Schreiben vom 21. Dez. 2006 wiederum um Erhöhung des förderbaren Kostenrahmens angesucht wurde. Dabei wurden zusätzliche Kosten in Höhe von € 213.250,00 für div. zusätzliche Maßnahmen bekannt gegeben und eine Kostenaktualisierung für die wärmetechnische Sanierung vorgelegt, welche zusätzliche Kosten in der Höhe von ca. € 114.000,00 vorsieht.

Das Darlehen, welches im Finanzjahr 2006 in der Höhe von € 180.000,00 vorgesehen war, konnte aufgrund des engen zeitlichen Rahmens nicht mehr ausgeschrieben und aufgenommen werden, sodass eine Ausschreibung des betreffenden Darlehens bis Ende Jänner 2007 durchgeführt wird. Gegenständliches Darlehen ist wiederum durch die VFI & Co KEG aufzunehmen und durch die Marktgemeinde Gunskirchen eine Haftungserklärung als Bürge und Zahler abzugeben. Diesbezüglich wird dem Gemeinderat ein gesonderter Amtsvortrag hinsichtlich Haftungsübernahme zur Beschlussfassung vorgelegt.

In den anerkannten Gesamtkosten sind auch Mittel für kulturelle Zwecke enthalten. Gemäß den Bestimmungen des OÖ. Kulturförderungsgesetzes 2000, LGBl. 58/2000 sind für kulturelle Zwecke mind. 1,5 % der Bausumme zu tätigen. Diese Kosten sind explizit unter der Rubrik „Kunst am Bau“ darzustellen und bei Abrechnung des Bauvorhabens entsprechend auszu-

weisen. Eine zusätzliche Förderung ist bei Vorhaben von Gemeinden, wenn die Landesbeiträge und Bedarfszuweisungen 50 % der Bausumme überschreiten, nicht vorgesehen.

Weiters wird bei diesem Finanzierungsplan festgestellt, dass die in Aussicht gestellte Förderung der Zwischenfinanzierungskosten durch die erfolgte Aufstockung der Förderungsmittel (Landeszuschüsse und Bedarfszuweisungsmittel) als gegenstandslos angesehen wird.

Unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat diesem Finanzierungsvorschlag des Amtes der OÖ. Landesregierung zustimmt, wird seitens der Aufsichtsbehörde gleichzeitig die Genehmigung gemäß § 86 der OÖ. GemO.1990 für dieses Vorhaben erteilt. Die Flüssigmachung der Bedarfszuweisung erfolgt über gesonderten Antrag der Marktgemeinde Gunskirchen bei Nachweis des Bedarfes und des Einsatzes der vorgesehenen Eigenmittel bzw. der übrigen vorgesehenen Finanzierungsmittel.

Weitere Einzelheiten sind dem Finanzierungsvorschlag des Amtes der OÖ. Landesregierung zu entnehmen.

Wechselrede

GR Malik fragt an, wie viel der Finanzierungsplan betreffend einer Kostenerhöhung im Bereich Schulsanierung bereits durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Er findet es frustrierend, dass Beschlüsse in Form von Neubeschlüssen weggewischt werden, immerhin werden dieses Mal wiederum Mehrkosten in der Höhe von € 330.000,00 beschlossen. Diese Kostenerhöhungen findet er als bedenklich wenngleich immer wieder mit einer Notwendigkeit argumentiert wird.

GV Sammer antwortet, dass man sehr wohl gewusst habe, dass eine Schulsanierung fällig sei, bereits 1991 hat man die Idee gehabt eine Sanierung zu beginnen. 1994 ist die erste Reaktion seitens des Landes eingegangen, dass eine thermische Sanierung durchgeführt werden dürfe. Zum damaligen Zeitpunkt wurden jedoch die Mittel dafür seitens des Landes gestrichen. GV Sammer informiert, dass es seit dem Jahr 2003 ein neues Gesetz gibt, das besagt, dass jede Sanierung eines öffentlichen Gebäudes nur dann eine Landesförderung erfährt, wenn eine thermische Sanierung erfolgt. Weiters wurde man seitens des Landes darauf hingewiesen, dass eine thermische Sanierung gleich in die Sanierung miteinbezogen werden sollte. Außerdem sei ein Wechsel vom ursprünglichen Architekten vorgenommen worden. Was wiederum dazu beigetragen habe, weitere Erhöhungen dadurch zu verzeichnen. Der Zahn der Zeit hat gezeigt, dass auch andere Maßnahmen am Gebäude notwendig geworden seien. Immerhin sei auch der Turnsaal und die Schwimmhalle mitsaniert worden, welche wiederum der Bevölkerung zu gute käme. Daher die enormen Kostenerhöhungen im Bereich des Projektes Schulsanierung.

Antrag: (GV Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Finanzierungsvorschlag gemäß Anlage des Amtes der OÖ. Landesregierung für die Volks- u. Hauptschulsanierung – Kostenerhöhung durch Zusatzmaßnahmen und Erweiterung der Hauptschule; KEG Finanzierung bis zum Haushaltsjahr 2010 wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

7. Anna Mallinger, Steinhuberweg 11/1, 4623 Gunskirchen; Berufung gegen die bescheidmäßige Festsetzung der Wasserbezugsgebühren

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 53 Abs. 2 der Oö. GemO. 1990

Beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt werden Daten und Angelegenheiten der Steuerpflichtigen besprochen, die dem Datenschutz sowie dem Steuergeheimnis unterliegen und daher den Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen.

V E R M E R K

Gemäß § 5 der Geschäftsordnung für die Kollegialorgane der Marktgemeinde Gunskirchen (§ 53 Oö. GemO. 1990) ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn es vom Vorsitzenden oder von wenigsten drei Mitgliedern des Gemeinderates verlangt und vom **Gemeinderat nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird.**

Die Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlichen Sitzungen sind vertraulich und dürfen ausschließlich nur für amtliche Zwecke aufgezeichnet werden.

Über Angelegenheiten, die im Gemeinderat nicht öffentlich behandelt werden, ist gemäß § 15 der Geschäftsordnung (§ 54 Abs. 7 der Oö. GemO. 1990) eine gesonderte Verhandlungsschrift zu führen, auf welche die Bestimmungen über die allgemeine Einsichtnahme und Herstellung von Abschriften (§ 54 Abs. 6 der Oö. GemO. 1990) keine Anwendung finden.

Antrag: (Bürgermeister Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 5 der Geschäftsordnung für Kollegialorgane der Marktgemeinde Gunskirchen (§ 53 Abs. 2 Oö. GemO.) bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes -

Anna Mallinger, Steinhuberweg 11/1, 4623 Gunskirchen; Berufung gegen die bescheidmäßige Festsetzung der Wasserbezugsgebühren

wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

8. Maria ADAM, Au bei der Traun 44, 4623 Gunskirchen; Ablehnung der Stundung, Entscheidung über die Berufung durch die Abgabenbehörde 2. Instanz

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 53 Abs. 2 der Oö. GemO. 1990

Beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt werden Daten und Angelegenheiten der Steuerpflichtigen besprochen, die dem Datenschutz sowie dem Steuergeheimnis unterliegen und daher den Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen.

V E R M E R K

Gemäß § 5 der Geschäftsordnung für die Kollegialorgane der Marktgemeinde Gunskirchen (§ 53 Oö. GemO. 1990) ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn es vom Vorsitzenden oder von wenigsten drei Mitgliedern des Gemeinderates verlangt und vom **Gemeinderat nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird.**

Die Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlichen Sitzungen sind vertraulich und dürfen ausschließlich nur für amtliche Zwecke aufgezeichnet werden.

Über Angelegenheiten, die im Gemeinderat nicht öffentlich behandelt werden, ist gemäß § 15 der Geschäftsordnung (§ 54 Abs. 7 der Oö. GemO. 1990) eine gesonderte Verhandlungsschrift zu führen, auf welche die Bestimmungen über die allgemeine Einsichtnahme und Herstellung von Abschriften (§ 54 Abs. 6 der Oö. GemO. 1990) keine Anwendung finden.

Antrag: (Bürgermeister Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 5 der Geschäftsordnung für Kollegialorgane der Marktgemeinde Gunskirchen (§ 53 Abs. 2 Oö. GemO.) bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes -

Maria ADAM, Au bei der Traun 44, 4623 Gunskirchen; Ablehnung der Stundung, Entscheidung über die Berufung durch die Abgabenbehörde 2. Instanz

wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

9. Essen auf Rädern – Anschaffung eines Ersatzfahrzeuges

Bericht: Vbgm. Friedrich Nagl

Immer wieder kommt von Seiten der Mitarbeiterinnen, welche Essen auf Rädern zustellen der Wunsch, das mittlerweile über 10 Jahre alte Fahrzeuge durch ein neues zu ersetzen. Grund dafür ist, dass die derzeit in Verwendung stehenden Fahrzeuge nicht wirklich geeignet für den Transport der Essensbehälter sind und nur eine sehr beschränkte Anzahl von Essensportionen mitgenommen werden kann.

Außerdem besteht immer wieder die Gefahr, dass das Essen zu schnell auskühlt, und somit die vorgegebenen Richtlinien nicht mehr eingehalten werden können.

Aus diesem Grund wurde von den besagten Mitarbeiterinnen nach einem Ersatzfahrzeug gesucht, wobei ihnen schließlich ein Fahrzeug der Marke „Nissan Kubistar“ am besten entsprochen hat. Das gewünschte Fahrzeug ist ein Kleintransporter der unter anderem im Laderaum eine Heizung haben wird, sodass vor allen Dingen in Wintermonaten vorgeheizt werden kann und das Essen nicht so schnell auskühlt.

Der Gesamtpreis des Fahrzeuges inkl. verschiedener Zusatzausstattungen wie Hängevorrichtung, Standheizung, etc. beläuft sich laut Liste auf € 15.708,-- (inkl. MwSt). Von der Firma Greinecker wird ein Nachlass in Höhe von € 2.543,-- gewährt, sodass sich eine Gesamtsumme von € 13.165,-- inkl. MwSt. ergibt.

Die Finanzierung dieses Fahrzeuges soll durch Sponsoren abgedeckt werden. Diesbezüglich wurden schon Vorgespräche geführt und es hat den Anschein, dass mit wenigen Sponsoren das Auslangen gefunden werden kann.

Wechselrede

GR Malik haltet fest, das im vorliegenden Amtsvortrag die angeführte Rechnung nicht stimmt. Er ersucht um Korrektur.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger sagt, dass es sich dabei um einen Schreibfehler handle und dieser umgehend korrigiert werde.

GR Hochholdt fragt an, um welche Sponsoren es sich bezüglich des Ankaufes dieses Fahrzeuges handle.

Bürgermeister Grünauer antwortet, dass es sich um die Sponsoren KommR. Franz Mühringer und KommR Helmut Oberndorfer handle, welche sich bereiterklärt haben, die Kosten dieses Fahrzeuges je zur Hälfte zu übernehmen.

Antrag: (Vbgm. Friedrich Nagl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Das im Amtsvortrag beschriebene Fahrzeug für die Auslieferung von Essen auf Rädern wird bei der Firma Autohaus Greinecker Gunskirchen zum Preis von € 13.165,00 inkl. MwSt. angekauft. Die Finanzierung dieses Fahrzeuges soll durch Sponsoren erfolgen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

10. Stiftung Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim; Ansuchen um Gewährung einer laufenden Subvention

Bericht: GV Mag. Wolfesberger

Die Marktgemeinde Gunskirchen wurde durch ein Schreiben von Herrn Landeshauptmannstellvertreter DI Erich Haider und Landesrat Josef Ackerl vom 28. Nov. 2006 dahingehend informiert, dass die Marktgemeinde Gunskirchen bis dato keinen Beitrag zur Finanzierung der Arbeit des gemeinnützigen Vereins Schloss Hartheim bzw. zum Stiftungskapital geleistet hat. In ihrem Schreiben führen sie weiters aus, dass es ein gemeinsames Anliegen und Aufgabe der OÖ. Gemeinden und des Landes OÖ. gesehen werden kann, sich der Aufarbeitung des Verbrechens des Faschismus zu stellen. Der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim wurde gegründet, um auf das historische Geschehen während der NS Zeit hinzuweisen und ein würdiges Gedenken an die Euthanasieopfer zu ermöglichen.

Um diese Stiftung mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten, bedarf es der Beteiligung aller OÖ. Gemeinden. Diesbezüglich wird vorgeschlagen, dass ein Beitrag in der Höhe von € 1,45 je Hauptwohnsitzeinwohner zur Verfügung gestellt werden soll. Dies bedeutet, dass aufgrund der letzten Volkszählung 2001 (5.287 EW) ein Beitrag in der Höhe von € 7.666,15 geleistet werden sollte.

Die Bürgermeister des Bezirkes Wels-Land wurden in der Bürgermeisterkonferenz am 11. November ebenfalls über gegenständlichen Sachverhalt informiert und eine Liste übermittelt, welche alle Gemeinden des Bezirkes beinhaltet und daraus abzulesen ist, welche Gemeinden der Aufforderung nachgekommen sind.

Seitens der Finanzabteilung wurden mit den Gemeinden Marchtrenk und Thalheim bei Wels Gespräche geführt. Diese Gemeinden werden ebenfalls im Finanzjahr 2007 keinen Beitrag leisten.

Seitens der Finanzabteilung wird daher empfohlen, dieser Aufforderung nicht nachzukommen. Dies wird damit begründet, dass keinerlei Vorsorge im Voranschlag 2007 für diese Ausgabe getroffen wurde.

Antrag: (GV Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Stiftung Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim wird im Finanzjahr 2007 keine Subvention gewährt. Die Finanzabteilung hat das Amt der OÖ. Landesregierung in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

11. RIC Gunskirchen – Subvention an BRP-Rotax

wurde abgesetzt.

12. Verein zur Betreuung des Jugendzentrums Gunskirchen - Subvention

Bericht: GV Mag. Wolfesberger

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat sich entschlossen, ein Jugendzentrum zu führen. Dazu wurden Räumlichkeiten im ehemaligen Musikgebäude, welches im Eigentum von Herrn Dr. Josef Kaiblinger steht, adaptiert. Ein bezughabender Mietvertrag wurde ausgearbeitet.

Die Betreuung des Jugendzentrums erfolgt durch Ralf Müller, der einen sehr guten Kontakt zu den Jugendlichen aufgebaut hat und somit einen wesentlichen Beitrag leistet, dass die Arbeit im Jugendzentrum ausgezeichnet funktioniert und es zu keinerlei Problemen kommt.

Die Förderungsrichtlinien des Amtes der OÖ. Landesregierung sehen vor, dass eine lfd. Förderung, jenen Jugendzentren zuerkannt wird, welche durch einen Verein geführt werden. Für die tatsächlich aufgewendeten Betreuungskosten wird eine 25 % -ige Förderung gewährt.

Der Sozialausschuss der Marktgemeinde Gunskirchen hat sich in seiner Sitzung am 25.01.2007 ausgesprochen, einen derartigen Verein zu gründen. Der Verein führt den Namen „Verein zur Betreuung des Jugendzentrums Gunskirchen“ und ist mittlerweile der Vereinsbehörde zwecks Anzeige unter Anschluss der Statuten übermittelt worden.

Durch die Gründung dieses Vereines ist somit sichergestellt, dass die Förderung der Betreuungskosten durch das Amt der OÖ. Landesregierung erfolgen kann.

Seitens der Finanzabteilung wird vorgeschlagen, dass folgende administrative Vorgaben eingehalten werden müssen:

- a) Rechnung über die Betreuung ist unbedingt auf den Verein zur Betreuung des Jugendzentrums Gunskirchen auszustellen.
- b) Gesonderte Kontoführung durch den Verein; kollektive Zeichnung der Überweisungs-träger durch den Obmann und den Kassier des Vereins
- c) Jährliche Vorlage eines Voranschlags, welcher durch die Hauptversammlung genehmigt wurde. Dieser Voranschlag ist jedoch mindestens zwei Monate vor Beginn des neuen Finanzjahres unaufgefordert vorzulegen.
- d) Jährliche Vorlage des Rechnungsabschlusses samt Prüfbericht durch die Rechnungsprüfer. Der Rechnungsabschluss samt Prüfbericht ist spätestens fünf Monate nach Beendigung des Finanzjahres unaufgefordert zur Vorlage zu bringen.
- e) Die Belege wie zB Rechnungen, Prüfberichte und Rechnungsabschluss sind mindestens sieben Jahre aufzubewahren.
- f) Die Unterlagen sind jederzeit für eine Prüfung durch Organe der Gemeinde bzw. hiezu beauftragten Personen bereitzuhalten.

Seitens der Finanzabteilung wird somit vorgeschlagen, dass dem Verein zur Betreuung des Jugendzentrums eine laufende Subvention gewährt wird. Diese Subvention soll so ausgestaltet werden, dass monatlich eine Akontozahlung von € 1.000,- zur Überweisung gebracht wird. Nach Ablauf des Finanzjahres wird aufgrund der vorzulegenden Abrechnung inkl. Rechnungsabschluss und Prüfbericht der Rechnungsprüfer eine Abdeckung des Abgangs durchgeführt. Die Marktgemeinde Gunskirchen verpflichtet sich im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, Zuschüsse zum Abgang zu gewähren.

Aufgrund der vorliegenden Abrechnung von Herrn Ralph Müller betragen die monatlichen Betreuungskosten ca. € 1.400,- bis € 1.500,-. In diesem Betrag ist auch die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten. Aufgrund einer mündlichen Mitteilung wird Herr Müller die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen, sodass die Betreuungskosten ohne Umsatzsteuer zur Verrechnung gelangen. Dies bedeutet, dass ein monatliches Betreuungsentgelt von € 1.166,- bis € 1.250,- anfallen wird. Bei einer monatlichen Akontozahlung der Marktge-

meinde und der 25-igen Förderung des Amtes der OÖ. Landesregierung durch bei der Abrechnung nur eine geringfügige Abgangsdeckung erforderlich sein. Um während des Jahres einen negativen Saldo am Konto des Vereins zur Betreuung des Jugendzentrums zu vermeiden, wird ein Vorschuss in der Höhe von € 5.000,-- gewährt. Dieser Vorschuss ist bei Beendigung der Vereinstätigkeit abzurechnen.

Wechselrede

Vbgrm. Nagl hält fest, dass sich der Sozialausschuss bereits mit diesem Thema beschäftigt habe. Seitens des Landes gebe es keine Förderungen für die Personalkosten im Bereich des Jugendzentrums der Gemeinden, wohl aber für Personalkosten welche durch einen Verein eingereicht werden. Daher sei eine Installierung dieses Vereines nötig. Die Mitglieder des Sozialausschusses hätte sich ehrenamtlich als Mitglieder dieses Vereines zur Verfügung gestellt um zusätzliche Förderungen des Landes in Anspruch nehmen zu können.

GR Zepko berichtet, dass er mit diesem Antrag erhebliche Probleme habe, weil weder die Gründung eines Vereines noch die Übertragung von Aufgaben an den Verein im Gemeinderat beschlossen wurden, hier aber bereits Subvention und Vorschuss beantragt wird. Er nehme aber an, dass es sich um einen Privatverein handle, wo Sozialausschussmitglieder tätig sind. Außerdem müsse man Angst haben, wenn man das nächste Mal in die Gemeinderatssitzung gehe, dass man ein Vereinsmitglied werden müsse. Er werde diesen Antrag ablehnen, auch wenn es nicht die Förderung des Vereines betrifft, jedoch findet er diese Vorgangsweise nicht korrekt. Immerhin habe die Gemeinde eine Vereinbarung mit Herrn Müller die innerhalb von 3 Monaten gekündigt werden könne. Weiters fragt er an, ob der Verein Betreiber des Jugendzentrums sei, oder ob dieser nur Betreuer dieses Vereines sei. Außerdem seien die gesamten rechtlichen Fragen nicht geklärt, wer die Haftung über diesen Verein übernehme. Seiner Meinung nach müsse man durch den Gemeinderat die Aufgaben an den Verein übertragen.

GR Leitner fügt an, dass ihm nicht klar sei, dass ein Verein gegründet wurde, wo kein einziger Name über die Mitglieder des Vereines genannt wurde. Nun habe er jedoch eine Teilantwort bekommen, dass die Mitglieder des Sozialausschusses auch Mitglieder im Verein sind. Diese bilden auch gleichzeitig diesen privatrechtlichen Verein.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, dass sehr wohl eine Gründung dieses Vereines notwendig sei, weil die Gemeinde auf Grund diverser Richtlinien keine Unterstützung für das Honorar des Jugendzentrumsleiters erhalten würde. Somit wird eine reine Scheinkonstruktion in Form dieses Vereines installiert, um diese Förderungen seitens des Landes erhalten zu können. Der Verein übernimmt daher die Personalkosten damit im Jahr zwischen € 2.500,00 bis € 3.000,00 an Subvention verzeichnet werden kann. Weiters wird von Herrn Amtsleiter Mag. Stürzlinger noch die Vereinsgründung erklärt.

GR Zepko hält fest, dass er diese Vorgangsweise, einen Scheinverein zu gründen, der dann aber auch Rechtsgeschäfte abwickelt, nicht in Ordnung findet. Somit werde er den Antrag ablehnen.

GR Bachler fragt an, ob die Organe dieses Vereines noch nicht festgesetzt sind.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, dass diese erst innerhalb eines Jahres nach Vereinsgründung bekannt gegeben werden müssen.

GR Leitner fragt an, ob prinzipiell der Verein nach den Mitgliedern des Sozialausschusses errichtet wird.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger verneint diese Feststellung und erklärt, dass es sich nur deshalb um die Mitglieder des Sozialausschusses handle, da es in das Ressort dieses Ausschusses falle. Weiters möchte er erwähnen, dass das Jugendzentrum auch ein eigenes Konto habe. Über dieses Konto müsse man aber Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ablegen. Die Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel liegt aber beim Jugendzentrumsleiter.

Antrag: (GV Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. **„Dem Verein zur Betreuung des Jugendzentrums wird eine laufende Subvention gewährt. Der Verein zur Betreuung des Jugendzentrums erhält beginnend mit dem Finanzjahr 2007, ab Jänner 2007 eine monatliche Akontozahlung in der Höhe von € 1.000,-. Zusätzlich erhält der Verein zur Betreuung des Jugendzentrum einen Vorschuss in der Höhe von € 5.000,-. Gegenständlicher Vorschuss ist nach Beendigung der Vereinstätigkeiten abzurechnen.**
2. **Der Kreditübertragung von der HH-Stelle 1/2590-7291 in der Höhe von € 8.000 auf die HH-Stelle 1/2590-7570 wird zugestimmt.“**

**Beschlussergebnis: 30 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme (GR Zepko)**

13. Pfarramt – Caritaskindergarten

- 1. Sondersubvention Caritaskindergarten - Abgangsdeckung 2006**
- 2. Akontozahlung für laufenden Betrieb im Haushaltsjahr 2007**

Bericht: GV Mag. Wolfesberger

1. Die Pfarre Gunskirchen hat in Ihrem Schreiben vom 18. Jänner 2007 um Deckung des Jahresabganges 2006 für den Caritaskindergarten Gunskirchen angesucht. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat mit dem Pfarr-Caritaskindergarten eine Grundsatzvereinbarung abgeschlossen, wobei sich die Marktgemeinde Gunskirchen verpflichtet, über begründetes Ansuchen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Zuschüsse zum Betriebsabgang des Caritaskindergartens zu gewähren. Laut vorgelegter Abrechnung beträgt der Abgang im Jahr 2006

€17.340,66

Die zuständige Abteilung hat die Abrechnung geprüft und für richtig befunden.

Im Finanzjahr 2006 wurde bereits eine Akontozahlung für den Caritaskindergarten gemäß GR-Beschluss in der Höhe von €7.300,00 geleistet. Daraus ergibt sich, dass der restliche Abgang für das Finanzjahr 2006 abzüglich der geleisteten Akontozahlung €10.040,66 beträgt.

Seitens der Finanzabteilung wird vorgeschlagen, den restlichen Abgang in der Höhe von **€10.040,66** abzudecken, um zu gewährleisten, dass der Caritaskindergarten in bewährter Form weitergeführt wird.

2. Im Haushaltsjahr 2007 soll ebenfalls eine Akontozahlung für den laufenden Betrieb in Höhe von **€7.300,00** gewährt werden. Auf der HH-Stelle 1/2400-7570 sind im Voranschlag für das Finanzjahr 2007 Mittel in der Höhe von € 19.100,00 vorgesehen. Dies erscheint aus Sicht des Amtes sinnvoll um einen reibungslosen Betrieb des Caritaskindergartens zu ermöglichen. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2007 ist wiederum durch die Pfarre Gunskirchen eine Abrechnung über den Abgang des Caritaskindergartens vorzulegen, und der übersteigende Betrag nach den finanziellen Möglichkeiten der Marktgemeinde Gunskirchen im nachfolgenden Jahr zu bedecken.

Antrag: (GV Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. **“Der Pfarre Gunskirchen wird für den restlichen Betriebsabgang 2006 im Caritaskindergarten eine Sondersubvention in Höhe von € 10.040,66 gewährt. Es wird festgehalten, dass der gesamte Betriebsabgang €17.340,66 beträgt und eine Akontozahlung in Höhe von €7.300,00 im Finanzjahr 2006 geleistet wurde.**
2. **Der Pfarre Gunskirchen wird für das Finanzjahr 2007 eine Akontozahlung in Höhe von €7.300,00 gewährt.“**

Beschlussergebnis: einstimmig

14. Prüfungsausschuss-Bericht über die Sitzung am 28. Sept. 2006

Bericht: GR Hochholdt

GR Hochholdt trägt den Bericht inklusive Wechselreden und Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt seitens des Prüfungsausschussberichtes vor.

Am 28. Sept. 2006, 18.00 Uhr fand eine Sitzung des Prüfungsausschusses mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Überprüfung VFI & Co KEG; Organisatorischer Aufbau, Tätigkeitsbericht, Gebahrungseinschau und Kontrolle**
- 2. Überprüfung der Grundsätze der kommunalen Haushaltsführung; Gebahrungseinschau und Kontrolle**
- 3. Allfälliges**

Das Ergebnis (Bericht) wurde dem Bürgermeister im Sinne des § 91 der OÖ. GemO. 1990 zur Kenntnis gebracht.

Wechselrede

GR Zepko ergänzt und zitiert GR Lehner mit seiner Wortmeldung in der letzten Prüfungsausschusssitzung: „Mit dem politischen Denken sei aufzuhören, die Einführung der VFI & Co KEG sei zu begrüßen, die steuerlichen Vorteile sollen genützt werden und weiters, 85 % der Gemeinderäte haben sowieso keine Ahnung“ Zitat Ende. GR Zepko betrachtet diese Wortmeldung als erfrischende Offenheit, die hiermit dem gesamten Gemeinderat zur Kenntnis gebracht wurde.

GR Leitner begründet seine damalige Wortmeldung in einem Prüfungsausschuss anlässlich der Gründung der VFI & Co KEG damit, dass er politisches Neuland betrete und nicht nachvollziehbar sei, was der Gemeinderat in diesem Zusammenhang beschließe.

Antrag: (GR Hochholdt)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bericht des Prüfungsausschusses über das Ergebnis der Sitzung vom 28. Sept. 2006 wird zur Kenntnis genommen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

15. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 15 – Antrag von Josef Gruber, Welser Straße 1, Gunskirchen, auf Umwidmung einer Teilfläche (ca. 800 m²) der Parzelle Nr. 957/1, KG. Straß, von derzeit *Verkehrsfläche mit besonderer Bedeutung – Parkplatz in Bauland – Kerngebiet* - Beschlussfassung

Bericht: Bürgermeister Kar Grünauer

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24.10.2006 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 15 des Flächenwidmungsplanes Nr. 6/2001 beschlossen.

Mit gegenständlicher Änderung soll der Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 über Antrag von Josef Gruber, Welser Straße 1, Gunskirchen, im Bereich der Pichler Straße – im Anschluss an die Liegenschaft Pichler Straße 7 (Thurnberger) - abgeändert werden.

Es soll eine Teilfläche der Parzelle Nr. 957/1, KG. Straß, in einem ungefähren Ausmaß von ca. 800 m², von derzeit *Verkehrsfläche mit besonderer Bedeutung – Parkplatz in Bauland – Kerngebiet* umgewidmet.

Das erforderliche Verständigungsverfahren nach den Bestimmungen des § 33 in Verbindung mit § 36 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idgF. wurde durchgeführt.

Von Seiten der Abteilung Raumordnung, 'Örtliche Raumordnung' erging mit Datum vom 18.12.2006, GZ: BauRO-Ö-312206/1-2006-Scho/Ki, folgende Stellungnahme:

- Zur gegenständlichen Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 6.15 wird aus Sicht der Örtlichen Raumordnung mitgeteilt, dass keine grundsätzlichen fachlichen Einwände erhoben werden.
- Ein Widerspruch zum rechtswirksamen Örtlichen Entwicklungskonzept besteht nicht.

Des Weiteren wurde seitens der OÖ. Ferngas AG, Niederlassung Regau eine Stellungnahme mit Datum vom 27.11.2006, gemäß Anlage, abgegeben, welche keine Einwendungen gegen die beabsichtigte Änderung erhebt.

Ebenso wurde seitens der Energie AG eine Stellungnahme mit Datum vom 09.01.2007 lt. Anlage eingebracht, in welcher grundsätzlich keine Einwendungen gegen die geplante Flächenwidmungsplanänderung erhoben werden. Allerdings wird auf die Einhaltung der Schutzabstände zu den Stromleitungen im dortigen Bereich und auf die Beachtung diverser Sicherheitshinweise, gemäß Anlage, explizit hingewiesen.

Im Sinne des § 36 Abs. 4 Oö. ROG 1994 idgF., wurden über die geplante Flächenwidmungsplanänderung die Betroffenen verständigt und Ihnen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt.

Hiezu wurde seitens der unmittelbar angrenzenden Nachbarn Rudolf u. Ulrike Thurnberger, Pichler Straße 7, Gunskirchen, vertreten durch die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Martin Stoisser Rechtsanwalt KG, Ringstr. 4 / Plobergerstr. 7, Wels, eine Stellungnahme mit Datum vom 19.01.2007, gemäß Anlage, eingebracht. Darin wird ausgeführt, dass auf Grund der Parzellengröße und Lage zu den Starkstromleitungen eine Bebauung lediglich nahe an der Grundgrenze zur Liegenschaft Thurnberger möglich ist und daher eine massive Beschattung entstehen würde. Gleichfalls wird auf die Bestimmungen des § 36 Abs. 2 Oö. Raumordnungsgesetz hingewiesen, wonach Flächenwidmungs- u. Bebauungspläne nur dann geändert werden können, wenn öffentliche Interessen dafür sprechen, diese Änderungen den Planungszielen der Gemeinde nicht widersprechen und Interessen Dritter nicht verletzt werden. Durch gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes und der daraus befürchteten möglichen Beschattung infolge einer Bebauung, seien jedoch die Interessen Dritter verletzt und wird daher der Antrag gestellt, dass von gegenständlicher Umwidmung Abstand genommen wird.

Zu den Einwendungen ist auszuführen, dass durch gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes den Planungszielen der Marktgemeinde Gunskirchen jedenfalls nicht widersprochen wird. Der Ortsplaner führt hiezu in seiner Stellungnahme vom 18.10.2006 an, dass die Neuplanung grundsätzlich den Zielen und Maßnahmen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes, nach einer Erweiterung des Marktkernes, jedoch unter dem Aspekt der Berücksichtigung störender Immissionsquellen, entspricht. Gleichfalls wird auch auf die durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom 24.10.2006 beschlossene Grundlagenforschung (gemäß Anlage) hingewiesen, welche eine Interessensabwägung auch im Bezug auf öffentliche Interessen beinhaltet.

Ebenso kann durch gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung auch keine Verletzung Interessen Dritter abgeleitet werden, zumal die gleiche Widmung „Bauland – Kerngebiet“, wie sie für den Einschreiter besteht, geschaffen wird. Dadurch tritt keine Bevorteilung oder Benachteiligung in der Nutzung der Baugrundstücke auf. Auch für die Bebaubarkeit gelten die gleichen baurechtlichen Bestimmungen gemäß Oö. Bauordnung 1994 u. Oö. Bautechnikgesetz 1994 idGF., z.B. bezüglich Lage und Höhe der Gebäude sowie der Abstandsvorschriften. Durch vorgenannte Bestimmungen werden somit auch die Nachbarrechte im Bezug auf Abstände und Bauhöhen gesetzlich gewahrt.

Hinsichtlich der Einwendungen gegen eine mögliche Beschattung wird auch auf das Erkenntnis des VwGH's vom 19.03.1993, B 755/92-11 hingewiesen,*wonach z.B. auch eine Bebauungsplanänderung im Sinne des § 36 Abs. 2 Oö. ROG 1194 ihre Deckung findet, wenn nicht ersichtlich ist, dass öffentliche Interessen durch die Errichtung einer Garage direkt an der Grundstücksgrenze verletzt werden. Es kann auch von einer Verletzung Interessen Dritter hier nicht die Rede sein. Dass Nachbarn einen größeren Abstand zwischen Ihrem Wohnhaus und der Garage ihres Nachbarn bevorzugen ist selbstverständlich, bedeutet aber noch nicht, dass dieser Wunsch ein im Sinne des § 36 Abs. 2 Oö. ROG schutzwürdiges Interesse darstellt.*

Zur Größe des Bauplatzes ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung des Schutzstreifens zur Hochspannungsleitung eine bebaubare Fläche von ca. 500 m² übrig bleibt und somit auch der Einklang mit § 6 Abs. 1 Oö. Bauordnung 1994 idGF. (Mindestbauplatzgröße) gegeben ist.

Den Einwendungen der Ehegatten Thurnberger vom 19.01.2006 soll daher nicht Rechnung getragen werden.

Auch hat der Raumordnungsausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2007 über gegenständliche Änderung beraten und empfiehlt einstimmig die Flächenwidmungsplan-Änderung zum Beschluss zu erheben.

Betreffend Kenntnis der Widmung und geplanten Nutzung der Restfläche des Grundstückes 957/1, KG. Straß als Parkplatz liegt vom Widmungsinteressenten Josef Gruber eine entsprechende Erklärung lt. Beilage vor.

Antrag: (Bürgermeister Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Änderung Nr. 15 zum Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 des Josef Gruber, Welser Straße 1, Gunskirchen, betreffend der Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 957/1, KG. Straß, von derzeit *Verkehrsfläche mit besonderer Bedeutung – Parkplatz in Bauland – Kerngebiet*, in einem ungefähren Ausmaß von ca. 800 m², gemäß vorliegendem Plan, erstellt vom Ortsplaner Arch. Horacek mit Stand 18.10.2006 wird zum Beschluss erhoben.

Den Einwendungen der Ehegatten Rudolf u. Ulrike Thurnberger wird aus den im Bericht angeführten Gründen nicht stattgegeben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

16. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 17 - Antrag von Alexander u. Karin Biringer, Grünbach 13, Gunskirchen, auf Umwidmung einer Teilfläche (ca. 5.000 m²) der Parzellen Nr. 58/1, 106/1 u. 109/1, je KG. Straß (Grünbach), von derzeit *Grünland - Landwirtschaftsfläche* in *Bauland - eingeschränktes Mischbaugebiet* und in eine *Sonderausweisung des Grünlandes - Retentions- u. Sickerbecken* (2.000 m²) – Beschlussfassung

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24.10.2006 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 17 des Flächenwidmungsplanes Nr. 6/2001 beschlossen.

Mit gegenständlicher Änderung soll der Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 über Antrag von Alexander u. Karin Biringer, Grünbach 13, Gunskirchen, im Bereich der Ortschaft Grünbach abgeändert werden.

Hiebei soll eine Teilfläche der Parzellen Nr. 58/1, 106/1 u. 109/1, je KG. Straß (Grünbach), von derzeit *Grünland - Landwirtschaftsfläche* in *Bauland - eingeschränktes Mischbaugebiet* in einem ungefähren Ausmaß von ca. 5.000 m² umgewidmet werden. Zusätzlich sollen im Anschluss ca. 2.000 m² von derzeit *Grünland - Landwirtschaftsfläche* in eine *Sonderausweisung des Grünlandes - Retentions- u. Sickerbecken* umgewidmet werden.

Das erforderliche Verständigungsverfahren nach den Bestimmungen des § 33 in Verbindung mit § 36 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idgF. wurde durchgeführt.

Von Seiten der Abteilung Raumordnung, 'Örtliche Raumordnung' erging mit Datum vom 12.02.2007, GZ: BauRO-Ö-312258/1-2007-Scho/Rö, folgende Stellungnahme:

- Zur gegenständlichen Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 6.17 wird aus Sicht der Örtlichen Raumordnung mitgeteilt, dass keine grundsätzlichen fachlichen Einwände erhoben werden.
- Ein Widerspruch zum rechtswirksamen Örtlichen Entwicklungskonzept besteht nicht.

Des Weiteren wurde seitens der OÖ. Ferngas AG, Niederlassung Regau eine Stellungnahme mit Datum vom 12.12.2006, gemäß Anlage, abgegeben, welche keine Einwendungen gegen die beabsichtigte Änderung erhebt.

Ebenso wurde seitens der Energie AG eine Stellungnahme mit Datum vom 11.12.2006 lt. Anlage eingebracht, in welcher ebenso keine Einwendungen gegen die geplante Flächenwidmungsplanänderung erhoben werden. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass auf der dem gegenständlichen Grundstück gegenüberliegenden Straßenseite ein 30 kV Kabel (KÜ Mast Nr. 28 bis KÜ Mast Nr. 39) verlegt ist.

Im Sinne des § 36 Abs. 4 Oö. ROG 1994 idgF., wurden über die geplante Flächenwidmungsplanänderung die Betroffenen verständigt und Ihnen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt.

Hiezu wurde seitens der unmittelbar angrenzenden Liegenschaftseigentümer Margit Katzinger, Petra Stundner und Ing. Heinz Schulze eine Stellungnahme mit Datum vom 14.12.2006, gemäß Anlage, eingebracht. *Darin wird ausgeführt, dass es sich beim gegenständlichen Projekt nicht um einen reinen Abstellplatz handeln könne, zumal aus den bisherigen Erfahrungen die derzeit bewirtschaftete Freifläche der Fa. Humer auch für Verkaufsgespräche (Beratung am Anhänger) genützt werde. Derartige Verkaufsaktivitäten seien erfahrungsgemäß nicht nur auf eine 5-Tageweche begrenzt und würden darüber hinaus kundenorientierte Öffnungszeiten des Geländes verlangen.*

Es werde daher um Prüfung des Projektes nach den, an das Landesraumordnungsprogramm gebundenen Kriterien für das Betreiben eines Geschäftsgebietes mit mehr als 1.500 m² Fläche nach § 24(2) ROG 1994 (Nov. 2005) ersucht. Ein ähnlich gelagerter Fall mit MB-

Widmung sei bekannt und wäre erst kürzlich im Sinne vorgenannter Argumentation seitens des Landes OÖ. bescheidet worden.

Sollte es dennoch zu einer Realisierung des Projektes kommen, so wäre im Sinne einer konfliktfreien Nutzung eine Schutzzone im Bauland Ff mit einer Breite von mind. 10 – 20 m zwischen den beiden Liegenschaften, entlang der gesamten Widmungszone zu errichten. Diese sollte zur Gewährleistung der optischen und akustischen Abschirmung mit einem Erdwall von mind. 2,0 m Höhe, mit immergrüner heimischer Bepflanzung angelegt werden.

Auch leide die im Haus lebende Mutter unter starken Depressionen und sei auch diesbezüglich in ärztlicher Behandlung.

Man sehe deshalb einer eventuellen Realisierung dieses Projektes mit großer Sorge entgegen nicht zuletzt auch deswegen, weil im Falle einer amtlichen Zustimmung zur Umzingelung der Liegenschaft durch das Betriebsgelände Humer, ein späterer Verkauf des Hauses fast unmöglich wird.

Ebenso wurde mit Datum vom 28.01.2007 eine weitere Stellungnahme seitens des Herrn Ing. Heinz Schulze (gemäß Anlage) eingebracht, welche im wesentlichen die selben Einwendungen beinhaltet. *Zusätzlich wird weiters ausgeführt, dass durch gegenständliche Änderung eine einschneidende Verschlechterung der Wohn- u. Lebensqualität aller in unmittelbarer Nähe befindlicher Anrainer bewirkt wird. Lärmstörungen durch den täglichen Betrieb würden eine erhebliche Einschränkung der Privatsphäre und auch einen drastischen Wertverlust aller Anrainerliegenschaften nach sich ziehen.*

Es sei unverständlich, wie eine räumlich derartig nahe an die Liegenschaften angesetzte Umwidmung vom Gemeinderat gutiert werden könne, die noch dazu in der vorliegenden Variante früher oder später zu einer weiteren Firmenzufahrt der Fa. Humer führen würde. Mit Schreiben vom 14.12.2006 sei bereits ausführlich darauf hingewiesen worden, dass es der Fa. Humer ganz klar erkenntlich, um eine Vergrößerung der Verkaufsfläche gehe.

Auch seien anlässlich der Bauverhandlung am 19.12.2006, der Fa. Humer betreffend dem „Umbau und Erweiterung der bestehenden Betriebsanlage“ mehrere konstruktive Anregungen seitens der Anrainer zur Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Lebensqualität neben dem Betrieb vorgetragen worden. Diese Vorschläge brächten bei Durchführung nicht nur den Anrainern, sondern auch der Fa. Humer Vorteile. Unter anderem werden hiezu die Verlegung der Firmenzufahrt an die Hauptstraße – somit Entschärfung des Kreuzungsbereiches und gerade Fahrwege für LKW u. Feuerwehr auf dem Firmenareal; Positionierung von geplanten Nebengebäuden in einer Weise, die zusätzlichen Schallschutz gewährleistet; Freihalten der Nebenstraße – diese werde derzeit als Rangierfläche für Be- u. Entladung von LKW's genutzt; Vermeidung einer Firmenzufahrt in der Nebenstraße – nur so bliebe wenigstens der Frontbereiche der Anrainerhäuser von Lärm und Staub weitgehend unbehelligt; aufgezählt.

Weiters wird ausgeführt, dass Angesichts des alles anderen als bürgernahen Umwidmungsvorhabens, auch die Familien Aumaier und Miligi über die geplante Flächenwidmungsplanänderung informiert worden seien und eine Interessensgemeinschaft zum Schutz der Lebensqualität und der Liegenschaften gebildet wurde. Eine Unterschriftenliste werde in den nächsten Tagen dem Gemeindeamt zugehen.

Grundsätzlich ist auszuführen, dass durch die gegenständliche Änderung den Zielen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes, nach dem Ausbau bestehender betrieblicher Arbeitsstätten in geeigneter Lage unter Berücksichtigung des Umfeldes sowie der Realisierung von Maßnahmen zur Minimierung von Gefährdungspotentialen durch Anlagen für den Schutzwasserbau, entspricht. Dies wird auch in der Stellungnahme des Ortsplaners vom 18.10.2006 festgehalten.

Zu den Einwendungen wird weiters ausgeführt, dass durch gegenständliche Umwidmung von derzeit *Grünland – Landwirtschaftsfläche in Bauland – Eingeschränktes Mischbaugebiet*, laut den Angaben der Fa. Humer eine überwiegende Nutzung der neuzuwidmenden Fläche als Abstellfläche für bereits fertig produzierte Anhänger gegeben sein soll, welche im dortigen Bereich bis zur endgültigen Auslieferung zwischengelagert bzw. abgestellt werden.

Die in den Einwendungen angeführte „notwendige“ Ausweisung eines Geschäftsgebietes kann durch die Baurechtsauskunft vom 13.12.2006, GZ: BauR-157080/1-2006-Stö/Vi, wider-

legt werden. Hierbei vertritt die Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass Flächen, die zum Abstellen von Fahrzeugen für Verkaufszwecke dienen, nicht als Verkaufsflächen den Bestimmungen über Geschäftsbauten gemäß § 23 Abs. 3 u. § 24 Abs. 1 u. 2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idgF. unterliegen.

Betreffend der angeführten Verkaufsgespräche am Anhänger wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass die Fa. Humer über eine eigene Ausstellungshalle sowie über weitere Präsentationsflächen im Bereich zwischen der Ausstellungshalle und der Bichlwimmer Straße verfügt, sodass derartige Verkaufs- u. Beratungsgespräche auch dort durchgeführt werden können.

Die Integrierung der neuen Widmung „Eingeschränktes Mischbaugebiet“ in das bestehende Umfeld entspricht im Wesentlichen den Grundsätzen des § 21 Abs. 2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idgF. wonach die Lage der Widmungen so abzustimmen ist, dass sie sich gegenseitig möglichst nicht beeinträchtigen. Im vorliegenden Fall wird von der bestehenden Widmung Betriebsbaugebiet über Mischbaugebiet, die Lücke zum Dorfgebiet geschlossen.

Allfällig erforderliche Lärmschutzmaßnahmen für die Nachbarschaft sind im Zuge des baurechtlichen bzw. gewerberechtlichen Bewilligungsverfahrens sicherzustellen.

Den Einwendungen von Margit Katzinger, Petra Stundner und Ing. Heinz Schulze vom 14.12.2006 und 28.01.2007 soll daher nicht Rechnung getragen werden.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, dass bis zum heutigen Tage die in den Vorbringen angeführte Unterschriftenliste weiterer Nachbarn nicht nachgereicht wurde und daher keine weiteren Absprachen über Vorbringen weiterer Beteiligten zu erfolgen hat.

Auch hat der Raumordnungsausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2007 über gegenständliche Änderung beraten und empfiehlt einstimmig die Flächenwidmungsplan-Änderung zum Beschluss zu erheben.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Änderung Nr. 17 zum Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 betreffend die Umwidmung einer Teilfläche (ca. 5.000 m²) der Parzellen Nr. 58/1, 106/1 u. 109/1, je KG. Straß (Grünbach), von derzeit *Grünland - Landwirtschaftsfläche* in *Bauland - eingeschränktes Mischbaugebiet* und in eine *Sonderausweisung des Grünlandes - Retentions- u. Sickerbecken* (2.000 m²), der Ehegatten Alexander u. Karin Biringer, Grünbach 13, Gunskirchen, gemäß vorliegendem Plan, erstellt vom Ortsplaner Arch. Horacek mit Stand 18.10.2006 wird zum Beschluss erhoben.

Den Einwendungen von Margit Katzinger, Petra Stundner und Heinz Schulze wird aus den im Bericht angeführten Gründen nicht stattgegeben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

17. Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001, Änderung Nr. 19 – Antrag der Fa. BRP-Rotax GmbH. & Co KG, Welser Straße 32, Gunskirchen, auf Auflassung des Trenngrünstreifens entlang der Welser Straße und Ausweitung der Schutzzone im Bauland „Bm4“ im dortigen Bereich auf der Parzelle Nr. 801, KG. Straß - Beschlussfassung

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Über Antrag der Fa. BRP-Rotax GmbH. & Co KG, Welser Straße 32, Gunskirchen, soll im Bereich der Liegenschaft Welser Straße 32, Parzelle Nr. 801, KG. Straß, der Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 abgeändert werden.

Es soll ein Teil des Trenngrünstreifens entlang der Welser Straße aufgelassen und die angrenzende Schutzzone im Bauland Bm4 ausgeweitet werden. Gegenständliche Änderung ist zur Realisierung eines Aus- bzw. Umbaus der bestehenden Betriebsanlage erforderlich. Im Besonderen ist die Errichtung eines Sozialtraktes mit integrierter Anlieferung geplant.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24.10.2006 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 19 des Flächenwidmungsplanes Nr. 6/2001 beschlossen.

Das erforderliche Verständigungsverfahren nach den Bestimmungen des § 33 in Verbindung mit § 36 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idgF. wurde durchgeführt.

Von Seiten der Abteilung Raumordnung, 'Örtliche Raumordnung' erging mit Datum vom 16.01.2007, GZ: BauRO-Ö-312215/2-2007-Scho/Rö, folgende Stellungnahme:

Die gegenständliche Flächenwidmungsplan-Änderung betrifft die Auflassung eines Trenngrünstreifens im nördlichen Bereich des Firmengeländes der Firma Rotax. Anstatt dieses Trenngrünstreifens soll Betriebsbaugelände - überlagert mit einer Schutzzone Bm4 ausgewiesen werden, um so im Sinne des lärmschutztechnischen Projektes bauliche Lärmschutzmaßnahmen einsetzen zu können.

Wie der beiliegenden Stellungnahme der Abteilung Umwelt- u. Anlagentechnik zu entnehmen ist, stellt diese Maßnahme eine Verbesserung der Ist-Situation dar, da der derzeit vorhandene Grünstreifen nicht als lärmtechnisch wirksame Maßnahme anzusehen war.

Zusammenfassend wird daher kein Einwand gegen diese Widmung vorgebracht.

Des Weiteren wurde seitens der OÖ. Ferngas AG, Niederlassung Regau eine Stellungnahme mit Datum vom 28.11.2006, gemäß Anlage, abgegeben, welche im Wesentlichen keine Einwendungen gegen die beabsichtigte Änderung erhebt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Oö. Ferngas AG im gegenständlichen Widmungsgebiet auf der Parzelle Nr. 1589/1 – Welser Straße – eine Erdgas-Niederdruckleitungsanlage für die Versorgung der OGV 107 Gunskirchen und auf der Parzelle Nr. 801 eine Erdgas-Hausanschlussleitung für die Versorgung der Fa. Rotax betreibt. Es muss diesbezüglich ein Schutzstreifen von 1,0 m beiderseits der Leitungsachse eingehalten werden und ist dieser von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Ebenso wurde seitens der Energie AG eine Stellungnahme mit Datum vom 29.11.2007 eingebracht, welche im Wesentlichen ebenso keine Einwände gegen die geplante Änderung erhebt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich im gegenständlichen Bereich zwei 30 kV Kabel (KÜ Mast Nr. 53 bis Gunskirchen Rotax 1 und Gunskirchen Rotax 1 bis Gunskirchen Rotax 2) befinden. Zu den 30 kV Kabeln sind die Schutzabstände lt. ÖVE L20/1998 einzuhalten und ist eine Überbauung grundsätzlich nicht möglich. Weiters befindet sich angrenzend an diese Fläche eine 30 kV Trafostation und muss hiezu eine Zufahrt mit geeigneten Lastkraftwagen sichergestellt und jederzeit möglich bleiben.

Im Sinne des § 36 Abs. 4 Oö. ROG 1994 idgF., wurden über die geplante Flächenwidmungsplanänderung die Betroffenen verständigt und Ihnen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt.

Hiezu wurde seitens der Nachbarn Friederike u. Johann Pfeffer-Kofler, Welser Straße 29, Gunskirchen, eine Stellungnahme mit Datum vom 07.01.2007, gemäß Anlage, eingebracht. In dieser wird ausgeführt, dass mögliche Folgebelastrungen durch gegenständliche Widmungsänderung nicht abgeschätzt werden können (z.B. zusätzliche Lärmentwicklung durch spätere Baumaßnahmen). Es wurde auch das Anliegen auf Erhaltung der derzeitigen Wohnqualität, auch für die Zukunft, kundgetan und wird daher die geplante Auflassung des Trenngrünstreifens abgelehnt. Zusätzlich wurde mit Datum vom 12.01.2007 eine weitere Stellungnahme, gemäß Anlage, eingebracht, in welcher sich die Ehegatten Pfeffer-Kofler erneut gegen die Änderung Nr. 19 zum Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 aussprechen. Begründet wurde dies damit, dass der Trenngrünstreifen zum Schutz der Nachbarn dient und durch dessen Auflassung ein entsprechender Schutz gegen eine heranrückende Betriebserweiterung nicht mehr gegeben ist. Auch sei das rechtliche Gehör verletzt worden, da man über eine derartige Maßnahme nicht informiert worden sei. Auch werde durch gegenständliche Maßnahme ein Befahren mit LKW's entlang der Grundgrenze möglich und werde daher die Liegenschaft Pfeffer-Kofler massiv durch Immissionen (Lärm und Abgase) beeinträchtigt. Gleichfalls wird ein entsprechendes Lärmgutachten gefordert. Zudem liege kein öffentliches Interesse für gegenständliche Abänderung des Flächenwidmungsplanes vor.

Zu den Einwendungen ist auszuführen, dass durch gegenständliche Änderung, zwar ein 5,0 m breiter Trenngrünstreifen aufgelassen aber die angrenzende Schutzzone im Bauland Bm4 im Gegenzug erweitert wird. Wie bereits aus der Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung zu entnehmen ist, stellt gegenständlicher Trenngrünstreifen keine lärmtechnisch wirksame Maßnahme dar und kann durch Äquivalenzmaßnahmen eine höhere Schutzfunktion erzielt werden. In diesem Zusammenhang wird ausgeführt, dass auch eine Lärmschutzwand entlang der Welser Straße errichtet wird und liegt diesbezüglich ein Projekt des Büro TAS SV-GmbH mit Datum vom 20.12.2006, GZ: 06-0313T, lt. Anlage, vor. Die erforderlichen lärmschutztechnischen Maßnahmen werden hierin beschrieben. Dieses Projekt ist auch wesentlicher Bestandteil der Bau- u. Gewerberechtlichen Verhandlung für die geplante „Errichtung eines Sozialtraktes mit integrierter Anlieferung“ im dortigen Bereich. Diese Maßnahmen entsprechen jedenfalls dem Erfordernis der ausgewiesenen Schutzzone im Bauland Bm4 nach einer Immissionsschutztechnischen bzw. Immissionsschutzorientierten Bauplanung.

Hinsichtlich der Verletzung des rechtlichen Gehörs wird festgehalten, dass mit Verständigung vom 27.11.2006, GZ: BauR-203-6.19/2006/He, die Ehegatten Johann u. Friederike Pfeffer-Kofler, nachweislich am 28.11.2006 gemäß Rsb-Rückschein, über die geplante Umwidmung verständigt wurden. Die diesbezüglichen Verständigungsnachweise liegen dem Umwidmungsakt bei.

Betreffend dem fehlenden öffentlichen Interesse wird ausgeführt, dass durch gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes der notwendige Ausbau der Fa. BRP-Rotax GmbH. & Co KG. sichergestellt werden kann und somit auch der Fortbestand von Arbeitsplätzen gesichert wird. Die Maßnahmen zur Standortabsicherung liegen jedenfalls im öffentlichen Interesse zumal damit auch die Finanzkraft der Marktgemeinde Gunskirchen abgesichert und gestärkt werden kann.

Abschließend wird festgehalten, dass auch bereits im Zuge einer am 15.01.2007 erfolgten Bau- u. Gewerberechtlichen Verhandlung die künftig zu erwartenden Emissionen beurteilt wurden und seitens des Amtssachverständigen bei Einhaltung der Vorschriften zu den geplanten Lärmschutzmaßnahmen keine Einwendungen bestehen bzw. unzumutbare Belästigungen der Nachbarschaft zu befürchten sind.

Nachdem durch die vorbeschriebenen Äquivalenzmaßnahmen eine unzumutbare Belästigung für die Nachbarschaft nicht zu erwarten ist soll die Änderung Nr. 19 zum Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 beschlossen werden.

Auch hat der Raumordnungsausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2007 über gegenständliche Änderung beraten und diese für eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat einstimmig befürwortet.

Antrag: (Bürgermeister Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Änderung Nr. 19 zum Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 der Fa. BRP-Rotax GmbH. & Co KG., Welser Straße 32, Gunskirchen, betreffend die Auflassung eines 5,0 m breiten Trenngrünstreifens entlang der Welser Straße und Ausweitung der angrenzenden Schutzzone im Bauland Bm4 auf der Parzelle Nr. 801, KG. Straß, gemäß vorliegendem Plan, erstellt vom Ortsplaner Arch. Horacek mit Stand vom 18.10.2006 wird zum Beschluss erhoben.

Den Einwendungen der Ehegatten Friederike u. Johann Pfeffer-Kofler wird aus den im Bereich angeführten Gründen nicht stattgegeben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

18. Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 29.11.2006, GZ: Stra-305/2006/He, hinsichtlich der straßenrechtlichen Bewilligung für die Umlegung der Dahlienstraße-West im Bereich der Fa. Oberndorfer, Grundstücke Nr. 1011, 1012/3, 1012/1, 1002/1 u. 1018/2, je KG. Straß 51235

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich der anwesende Bürgermeister Karl Grünauer als befangen.

Bericht: Vbgm. Friedrich Nagl

Mit Bescheid des Bürgermeisters vom 29.11.2006 wurde die straßenrechtliche Bewilligung über die Umlegung der Dahlienstraße-West im Bereich der Fa. Oberndorfer gem. §§ 31 u. 32 Oö. Straßengesetz 1991 idgF. auf den Grundstücken Nr. 1011, 1012/3, 1012/1, 1002/1 u. 1018/2, je KG. Straß 51235, erteilt.

Gegen diesen Bescheid wurde mit Eingabe vom 18.12.2006 eine Berufung von Sven Daubenmerkel, Irisweg 20; Mag. Silvester u. Elfriede Einzenberger, Ginsterweg 12; Mag. Gertrud Hofer, Irisweg 20; Franz Prielhofer, Irisweg 8; Brigitte Pühringer, Ginsterweg 2; Adolf u. Wilma Tasser, Irisweg 7; Emil Tasser, Irisweg 10; Karl Heinz u. Helga Ohler, Irisweg 15; eingebracht.

Begründet wird die Berufung im Wesentlichen damit, dass dem Projekt, sämtlichen Berechnungen und Gutachten dazu, falsche Verkehrszahlen zugrunde gelegt wurden. Zudem seien keine Verkehrszahlen der „Kleiner Studie“ entkräftet worden. Die vorliegenden Angaben zu den Verkehrszahlen werden daher angezweifelt und als nicht haltbar bezeichnet.

Weiters ist nach Ansicht der Einschreiter in der Begründung nicht ausreichend auf den Schutz der Nachbarn gemäß den Bestimmungen des § 14 Oö. Straßengesetz 1991 eingegangen worden und habe man auch die Schutzgüter gemäß § 13 Oö. Straßengesetz 1991 nicht gegeneinander abgewogen.

Hinsichtlich der angeblich falschen Verkehrszahlen von 1.000 Fahrzeugen innerhalb 24 Stunden wurde ein ergänzendes Gutachten vom Amt der Oö. Landesregierung, Abt. Verkehrstechnik, eingeholt. Im gegenständlichen Gutachten mit Datum vom 16.01.2007, GZ: VT-090145/9842-Ham, wird ein künftiges Verkehrsaufkommen von ca. 527 Kfz pro 24 Std. prognostiziert. Dem Gutachten wurde das derzeitige Verkehrsaufkommen im Projektsbereich und das zu erwartende Verkehrsaufkommen unter Einbeziehung des Bauerwartungslandes westlich der Fliederstraße sowie des künftigen Sportzentrums am Hagen, unter Berücksichtigung einer gewissen Aufteilung des Verkehrs auf das bestehende örtliche Straßennetz, zu Grunde gelegt.

Den Berufungswerbern wurde dieses ergänzende Gutachten zur Wahrung des Parteigehörs mit der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß den Bestimmungen des § 45 Abs. 3 AVG zur Kenntnis gebracht.

Diesbezüglich wurde mit Schreiben vom 25.01.2007 seitens der Anrainer Sven Daubenmerkel, Irisweg 20; Mag. Silvester u. Elfriede Einzenberger, Ginsterweg 12; Mag. Gertrud Hofer, Irisweg 20; Franz Prielhofer, Irisweg 8; Brigitte Pühringer, Ginsterweg 2; Adolf u. Wilma Tasser, Irisweg 7; sowie zusätzlich von Gert Pichlbauer, Irisweg 9; Peter und Anita Huber, Irisweg 14 und Dietmar Krenn, Irisweg 12; eine weitere Stellungnahme eingebracht.

Darin werden die gutachterlich festgestellten Verkehrszahlen erneut angezweifelt und wird auch die „Kleiner Studie“ erneut angeführt. Im Besonderen wird hiezu ausgeführt, dass die „Kleiner Studie“ auch nicht den mit dem Verfahren befassten Sachverständigen und Behörden übermittelt bzw. zur Kenntnis gebracht wurde. Auch sei den Anrainern keine Einsicht in gegenständliche Studie gewährt worden und daher seitens der Marktgemeinde Gunskirchen gegen die Mitteilungspflicht des § 16 Oö. Umweltschutzgesetzes verstoßen worden. Auch sei durch die Nicht-Kennntnis der „Kleiner Studie“ die nunmehr vorliegende gutachterliche

Stellungnahme des Amtssachverständigen nicht richtig, zumal der Schleichverkehr nicht berücksichtigt wurde und daher die errechneten Verzahlen nicht stimmen. Weiters wurden in dieser Stellungnahme vom 25.01.2007 in Punkt 2) Einwendungen gegen neuerliche Umwidmungen auf Teilen der Parzelle 1012/1, KG. Straß, erhoben.

Zu den Vorbringen wird im Wesentlichen folgendes festgehalten:

Hinsichtlich der angeblich falschen Verkehrszahlen wurde in der gutachterlichen Stellungnahme vom 16.01.2007, GZ: VT-090145/9842-Ham, festgehalten, dass das derzeitige und auch künftig zu erwartende Verkehrsaufkommen im Bereich der Umlegung der Dahlienstraße bei gesamt ca. 527 KfZ in 24 Stunden, nach Fertigstellung der Dahlienstraße-Süd und Dahlienstraße-West, liegen wird. Vorgenannte Gesamtzahl errechnet sich einerseits aus dem derzeitigen Verkehrsaufkommen im Projektbereich (177 KfZ/24 Std.), und andererseits aus dem künftigen Verkehrsaufkommen des Bauerwartungslandes westlich der Fliederstraße (ca. 9,5 ha entspricht ca. 300 KfZ/24 Std.) und dem künftigen Sportzentrum (50 KfZ/24 Std.). Bei Sportveranstaltungen wird mit einem Verkehrsaufkommen von ca. 300 Fahrten gerechnet, wobei zu dieser Zeit jedoch der Berufsverkehr zeitbedingt an den Wochenenden reduziert ist, sodass sich keine wesentliche Steigerung des gutachterlich festgestellten Gesamtverkehrsaufkommen von 527 KfZ/24 Std. ergeben wird. Ungeachtet dessen ist anzumerken, dass sich im „Worst-Case-Szenario“ (= Überlagerung des Ziel-, Quell- u. Berufsverkehrs mit einer Sportveranstaltung) ein Verkehrsaufkommen 827 KfZ/24 Std. ergeben würde und liegt dieses auch noch deutlich unter 1.000 Fahrzeugen in 24 Stunden. Die geplanten Lärmschutzmaßnahmen sind daher als jedenfalls ausreichend zu betrachten.

Hinsichtlich der angeführten „Kleiner Studie“ wird festgehalten, dass diese nicht Projektgegenstand ist und auch auf völlig anderen Vorgaben und Annahmen basiert. Es wurde dabei im Jahr 1999 die Realisierung der Dahlienstraße-Süd (Verlängerung von der Lambacher Straße bis zur B1 Wiener Straße) und als Variante dazu die Dahlienstraße-West (von der Fliederstraße verlaufend entlang der ÖBB-Westbahnstrecke und Anbindung an die B1 Wiener Straße) untersucht.

Betreffend dem Abwägen der Schutzgüter gemäß § 13 Abs. 1 u. 2 Oö. Straßengesetz sowie dem unzureichenden Schutz der Nachbarn gem. § 14 Oö. Straßengesetz 1991 für die Ausführung des Bauvorhabens wird festgehalten, dass die Schutzgüter im Zuge des vorangegangenen straßenrechtlichen Ordnungsverfahrens einer Abwägung unterzogen wurden und dass die Forderungen der OÖ. Umweltschutzbehörde hinsichtlich Lärmschutzmaßnahmen entsprechend dem Projekt TAS Schreiner vom 07.09.06, AZ: 60754K und der Forderung eines Fahrverbotes für Fahrzeuge über 3,5 t (ausgenommen Zufahrt Ammag) zum Schutze der Anrainer Rechnung getragen wurde. Der straßenbautechnische Amtssachverständige führt in seinem Gutachten aus, dass das geplante Straßenbauvorhaben den anerkannten Regeln des Straßenbaues und den Grundsätzen des § 13 Abs. 1 u. 2 Oö. Straßengesetz 1991 idgF. entspricht und somit für die Ausführung geeignet ist. Die Einwendungen, dass eine Berücksichtigung der Schutzgüter gemäß § 13 Abs. 1 u. 2 Oö. Straßengesetz nicht stattfindet, stehen daher dazu im Widerspruch.

Dem Schutz der Nachbarn gegen Beeinträchtigungen durch den zu erwartenden Verkehr wird durch die geplante Ausführung der Lärmschutzwände entlang des südlichen und westlichen Straßenrandes sowie durch eine bestehende Einfriedungsmauer im Bereich der Grundstücke Nr. 1002/3 u. 1011, je KG. Straß, im Sinne des § 14 OÖ. Straßengesetz Rechnung getragen.

Auch können die in der Berufung bzw. die in der ergänzenden Stellungnahme angeführten alternativen Vorschläge zur Gestaltung des Lärmschutzes im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden, zumal diese einerseits nicht Projektgegenstand sind und andererseits die geplanten Schutzmaßnahmen für die Nachbarschaft, in den jeweiligen Gutachten der Sachverständigen, als jedenfalls ausreichend befunden werden.

Zu den Einwendungen betreffend Umwidmung eines Teiles der Parzelle 1012/1 KG Straß, wird festgestellt, dass ein Verfahren zur Änderung eines Flächenwidmungsplanes nicht Gegenstand des straßenrechtlichen Bewilligungsverfahrens ist. Es wird diesbezüglich auf das gesonderte Verfahren zur Änderung Nr. 18 des Flächenwidmungsplans Nr. 6/2001, welches nach den Bestimmungen des Öö. Raumordnungsgesetzes durchgeführt wird, verwiesen. In diesem Verfahren besteht gesondert die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme. Die Einwendungen der zusätzlichen (weiteren) Einschreiter (Pichlbauer, Huber und Krenn) auf der Eingabe vom 25.01.2007, sind als verspätet zurückzuweisen, zumal diese Einschreiter ihre Einwendungen erst nach Ablauf der Berufungsfrist erhoben haben.

Der Bauausschuss hat sich in der Sitzung am 8. Feb. d. J. ebenfalls mit den vorangeführten Einwendungen der Anrainer gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 29.11.2006, GZ: Stra-305/2006/He, hinsichtlich der straßenrechtlichen Bewilligung für die Umlegung der Dahlienstraße-West im Bereich der Fa. Oberndorfer, Grundstücke Nr. 1011, 1012/3, 1012/1, 1002/1 u. 1018/2, je KG. Straß 51235, befasst und empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich den Einwendungen der Anrainer nicht statt zu geben.

Über gegenständliche Berufung liegt nunmehr ein entsprechender Berufungsbescheid gemäß Anlage vor. Der volle Wortlaut über die Absprache der Einwendungen ist der dem Bescheid angeschlossenen Begründung zu entnehmen. Es wird vorgeschlagen, den vorliegenden Berufungsbescheidentwurf samt Begründung zum Beschluss zu erheben.

Wechselrede

GR Leitner hält fest, dass die Problematik tiefer liegen würde. Die Versäumnisse seien in der Vergangenheit zu suchen. Die Gegenwart ist, dass das Straßenstück bereits beschlossen wurde. Daher bleibe nur mehr eines über, dass dem Schutz der Bürger, wie in diesem Amtsvortrag ausgeführt, volle Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Aus diesem Grund sollten die entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen wie vorgeschrieben, in vollem Umfang zur Ausführung gelangen. Es sollte der Weg der besten Einigung erzielt werden, welcher nur mehr über einen optimalen Lärmschutz erreicht werden könne. Unsere Aufgabe wird es sein, die Durchführung dieses Lärmschutzes zu überwachen.

Antrag: (Vbgm. Fritz Nagl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Berufung von Sven Daubenmerkel, Irisweg 20; Mag. Silvester u. Elfriede Einzenberger, Ginsterweg 12; Mag. Gertrud Hofer, Irisweg 20; Franz Prielhofer, Irisweg 8; Brigitte Pühringer, Ginsterweg 2; Adolf u. Wilma Tasser, Irisweg 7; Emil Tasser, Irisweg 10; Karl Heinz u. Helga Ohler, Irisweg 15; gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 29.11.2006, GZ: Stra-305/2006/He, wird aus den im Bericht und in der Begründung des Berufungsbescheidentwurfes dargelegten Gründen als unbegründet abgewiesen. Soweit die Einwendungen den Punkt 2), welche im Zuge des ergänzenden Ermittlungsverfahrens mit Schreiben vom 25.01.2007 eingebracht wurden („Einwendungen gegen neuerliche Umwidmung auf Teilen der Parzelle 1012/1“), werden diese als unzulässig zurückgewiesen.

Die Einwendungen von Gert Pichlbauer, Irisweg 9; Peter und Anita Huber, Irisweg 14 und Dietmar Krenn, Irisweg 12; welche im Zuge des ergänzenden Ermittlungsverfahrens eingebracht wurden, werden ebenfalls als unzulässig zurückgewiesen.

Der diesbezügliche Berufungsbescheidentwurf vom 13.02.2007; GZ: Stra-305/2006/He, wird durch die Straßenbehörde II. Instanz vollinhaltlich (Spruch und Begründung) zum Beschluss erhoben.“

**Beschlussergebnis: 28 JA-Stimmen
3 Stimmenthaltungen (GR Egerer, GR Feischl und GR Bachler)**

ALLFÄLLIGES

Semesterferien

Vbgm. Nagl berichtet, dass es in den kommenden Semesterferien wieder einen Eislaufbus geben wird. Dieser Bus kann Montag, Mittwoch und Freitag von unseren Schulkindern benützt werden.

Sitzungsunterlagen und Amtsvorträge

GR Zepko hält fest, dass die Gemeinderatssitzung ohnehin bereits 2 Wochen verschoben wurde und er trotzdem die Unterlagen erst gestern erhalten habe. Es müssen Punkte auf die nächste Sitzung verschoben werden, weil ihm eine Einlesung der Tagesordnungspunkte nicht möglich sei. Weiters bittet er darum, dass die jeweiligen Beschlussergebnisse aus den Ausschüssen angeführt werden sollten. Man hätte ansonsten den Verdacht, dass diese Vorgangsweise bewusst gewählt wird. Außerdem betont er nochmals, dass er es mehr als bedenklich halte, dass die Gemeinde bei jedem Anlass einen Verein gründe.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger erklärt, dass es ihm auch unangenehm sei, wenn die Tagesordnungspunkte erst kurz vor der Gemeinderatssitzung fertig erstellt werden können. Wollen wir aber up to date sein, müssen wir diesen engen Zeitrahmen für die Erstellung der einzelnen Tagesordnungspunkte wählen. Wenn in Zukunft jedoch die Meinung vertreten werde, dass mehr Zeit für die Behandlung der Themen benötigt werde, habe er auch kein Problem damit.

GR Malik fragt an, wann die nächste Gemeinderatssitzung geplant sei.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger hält fest, dass einige dringliche Punkte anstehen, somit finde die derzeitig geplante Gemeinderatssitzung voraussichtlich in 2 Wochen statt.

Ankauf Auto

GR Wimmer begrüßt den Ankauf eines Autos für den Bereich Essen auf Räder sehr. Ihm verwundert jedoch, dass Herr Bürgermeister Grünauer bereits seit 2 Jahren gewusst habe, dass sich Sponsoren für den Ankauf bereit erklärt haben und nun erst jetzt der Ankauf dieses Fahrzeuges vorgenommen werde. Immerhin seien bereits mehrere Anfragen von der ÖVP-Fraktion bezüglich Ankauf eines Fahrzeuges gestellt worden.

Bürgermeister Grünauer antwortet, dass er bezüglich dem Ankauf dieses Fahrzeuges nie ein Geheimnis daraus gemacht habe. Immerhin seien erst seit geraumer Zeit Gespräche mit Herrn Mühringer und Oberndorfer geführt worden. Bezüglich des Zeitpunktes über den Ankauf dieses Fahrzeuges hätte es sich um ein Missverständnis seitens des Seniorenwohn- und Pflegeheimes gehandelt.

Amtsgebäude

GR Bachler regt an, dass ihm der Fenstertausch im Bereich der Bürgerservicestelle aufgefallen sei. Eigentlich war es immer wieder Argumentation, dass einige Abteilungen erst seit einigen Jahren saniert wurden und daher in diesem Bereich Kosten eingespart werden könnten.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, dass die Fenster definitiv alt seien, jedoch das bestehende Mobiliar in der Bürgerservicestelle neu angekauft wurde.

Die Bürgerservicestelle bleibe aber in dieser Form erhalten. Zu den Fenstern möchte er erwähnen, dass die Fenster nicht zu der neuen Fassade gepasst hätten. Aus diesem Grund wurden sie gleich mit ausgetauscht.

GR Leitner hält fest, dass er nach einer Besichtigung mit Entsetzen feststellen musste, dass das Mobiliar der erst seit kurzem renovierten Bauabteilung komplett herausgerissen wurde. Darum fragt er auch an, mit welcher Begründung die komplette Einrichtung wie Türen, Böden, etc. entfernt wurden.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, dass von Statikern geraten wurde, die Böden herauszureißen, weil beim Umbau Feuchtigkeit in den jeweiligen Böden eingetreten sei. Danach musste Beton aufgebracht werden. Trotz dieser Maßnahmen seien aber noch keine Kostenerhöhungen im Bereich des Projektes Amtsgebäudes verzeichnen.

GR Leitner hält weiters fest, dass die Grundmauern freigelegt werden und nun trockengelegt werden müssen. Daher stelle sich die Frage über die Sinnhaftigkeit des Restzustandes dieses Gebäudes, er möchte auch wissen, ob man verbindlich sagen kann, ob es im Gegenzug zu einem Neubau billiger gewesen ist, das Amtsgebäude bis zu einen gewissen Teil stehen zu lassen.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger sagt, dass er dies nicht sagen könne und es nie Thema gewesen sei einen neuen Neubau zu tätigen.

GR Leitner regt an, dass das Wort Renovierung, Sanierung und Erweiterung sehr großzügig gebraucht wurde. Weiters finde er den Restbestand dieses Hauses als unbrauchbar.

GR Mayrhuber fragt an, warum nicht geprüft wurde, ob es nicht von Vorteil gewesen wäre einen Abriss des kompletten Amtsgebäudes vorzunehmen.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, dass es einen Architektenwettbewerb sowie Gemeinderatsbeschlüsse über die Sanierung des derzeitigen Amtsgebäudes gegeben hat.

Vereinsgründungen

GR Hochholdt hält fest, dass er es nicht für günstig halte, in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung über Scheinvereinsgründungen zu reden. Er finde, dass dieses Konzept des Jugendzentrums nochmals in den Ausschüssen behandelt werden solle, um sich überlegen zu können, wie man diese Scheinvereinsgründung ausbessern könne.

Amtsgebäude

Bürgermeister Grünauer informiert, dass ihm von den Statikern berichtet wurde, dass es zu Problemen in der Statik sowie zu Spannungen der Zwischenwände gekommen sei. Dadurch müsse unverzüglich Beton aufgebracht werden. Dem wurde auch sofort Rechnung getragen. Außerdem hätte man nach Plan die Dachziegel aufbringen müssen, man wurde jedoch vom Arbeitsinspektorat auf die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen hingewiesen, sodass zusätzlich zum Fangnetz ein Gerüst aufgestellt werden müsse. Er weise daraufhin, dass man selbstverständlich auf die Sicherheit der Arbeiter Rücksicht nehmen werde.

Weiters erwähnt er, dass der Innenputz bereits in den nächsten Wochen aufgebracht wird.

Jahreshauptversammlung FF-Gunskirchen

Abschließend erwähnt Bürgermeister Grünauer die Einladung zur Vollversammlung der FF-Gunskirchen.

GR Zepko hält fest, dass die SPÖ-Fraktion bereits seit längerer Zeit eine Einladung der SPD Hengersberg habe und daher eventuell nicht alle eingeladenen Gemeinderatsmitglieder an der Hauptversammlung teilnehmen können.

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es keinen Einwand.

Schrifführer

Bürgermeister

Daniel Übermasser

Karl Grünauer

Gemeinderat

Gemeinderat

Maximilian Feischl

Johann Eder

Mit/ohne Erinnerung genehmigt am _____.

Bürgermeister
Karl Grünauer eh.

Schritfführer
Daniel Übermasser

Gemeinderat
Maximilian Feischl eh.

Gemeinderat
Johann Eder eh.

F.d.R.d.A.: